



WIR MIGRIEREN UM ZU LEBEN

afrique-europe
interact

**20 Jahre selbstorganisierte Kämpfe
und transnationale Solidarität für
die Rechte von Migrant:innen und
Geflüchteten in Nordafrika**

Stimmen und Analysen

Alle Fotos in dieser Broschüre zeigen Eindrücke von der Jubiläumskonferenz »Wir migrieren, um zu leben, nicht um zu sterben« in Rabat/ Marokko, Oktober 2025.

Herausgegeben von Afrique-Europe-Interact

Afrique-Europe-Interact ist ein transnational organisiertes Netzwerk, das im Jahr 2009 gegründet wurde. Es umfasst Basisaktivist:innen in Mali, Mauretanien, Niger, Togo, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – darunter zahlreiche selbstorganisierte Geflüchtete, Migrant:innen und Abgeschobene. Afrique-Europe-Interact engagiert sich gegen die repressive EU-Migrationspolitik – nicht nur auf der Straße, sondern auch durch praktische Unterstützung auf den Routen, wie zum Beispiel das Alarme Phone Sahara oder eine Unterkunft für Frauen und ihre Kinder in Rabat. Gleichzeitig beteiligen wir uns an sozialen Kämpfen in verschiedenen afrikanischen Ländern. So unterstützen wir beispielsweise die Demokratiebewegung in Togo politisch und logistisch. Oder Mali: Dort unterstützen wir Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in ihrem Kampf gegen Landraub. Eine kleinbäuerliche Gewerkschaft wurde ebenfalls innerhalb unseres Netzwerks gegründet.

Die Arbeit von Afrique-Europe-Interact wird durch Spenden und solidarische Unterstützung ermöglicht – und damit durch Menschen, die sich gemeinsam mit uns für Bewegungsfreiheit, soziale Gerechtigkeit und globale Solidarität einsetzen. ✕



www.afrique-europe-interact.net



info@afrique-europe-interact.net

Titelfoto: Eine Momentaufnahme der Konferenz im Oktober 2025



Im vollbesetzten Saal wurde die Konferenz mit rund 300 Teilnehmer:innen eröffnet.



Die Konferenz fand in einem sozial-kulturellen Zentrum in Rabat statt.

Geflüchtete aus dem Sudan präsentierten in weißen Gewändern einen traditionellen Tanz.



Auch Kinder von Migrant:innen, die im Rasthaus aufgewachsen sind, beteiligten sich am Kulturprogramm.



Auf dem Podium diskutierten Aktivist:innen über den Einfluss der EU auf das Migrationsgeschehen in den Maghreb- und Sahel-Staaten.



Sudanesische Geflüchtete schilderten ihre menschenunwürdige Situation in Marokko sowie in anderen Staaten des Maghreb.



Viele Teilnehmer:innen hielten ihre Konferenzeindrücke auf dem Smartphone fest.



Geflüchtete aus dem Sudan konfrontierten eine Vertreterin des UNHCR mit Forderungen und Fragen zur Situation von Asylsuchenden in Marokko.

9 INHALT

11 EINLEITUNG

→ SCHUTZ

18 EIN HAUS GEGEN DIE GEWALT

Wie das Frauenhaus Baobab Schutz, Solidarität und neue Perspektiven schafft

23 STIMMEN AUS DEM BAOBAB-HAUS

25 WAS DIE WÜSTE GENOMMEN HAT

Vier Frauen erzählen vom Überleben

→ SELBSTORGANISATION

39 AUS SCHWEIGEN WURDE WIDERSTAND

Emmanuel Mbolela: Ein Rückblick auf 20 Jahre Selbstorganisation für Würde, Rechte und Bewegungsfreiheit

44 GRENZPOLITIK AUF KOSTEN VON MENSCHENLEBEN

Europäische Abschottungspolitik und der Kampf um Bewegungsfreiheit in Marokko 2005 – 2025 – eine politische Einordnung

→ FLUCHT UND SOLIDARITÄT

- 49 WO SOLIDARITÄT GRENZEN ÜBERSCHREITET**
Die Jubiläumskonferenz von ARCOM und Afrique-Europe-Interact
- 53 AUF DER SUCHE NACH SCHUTZ**
Die besondere Situation von Sudanesischen in Marokko

→ REPRESSION UND WIDERSTAND

- 73 GEWALTREGIME AN DEN EU-AUSSENGRENZEN**
EU-Migrationspolitik und ihre Folgen in Nordafrika
- 74 »WENN WIR SCHWEIGEN, WIRD DIE GEWALT ZUR NORMALITÄT«**
Einblick in die praktische Arbeit der Aktivistin Imane Echchikhi in Marokko
- 77 WEGE DURCH DEN GRABEN ZWISCHEN MAROKKO UND ALGERIEN**
Migrationsgeschichte aus Oujda
- 86 STIMMEN VON DER RABAT-KONFERENZ**
- 89 MIGRATIONS POLITIK NACH DEM »ARABISCHEN FRÜHLING«**
Abbau von Menschenrechten und Repression gegen Migrant:innen und oppositionelle Tunesier:innen

- 102 EXTERNALISIERUNG BIS IN DIE WÜSTE**
Die besondere Situation von Frauen auf der Flucht durch die Sahara
- 109 DIE VERMISSTEN BLEIBEN
TEIL UNSERES LEBENS**
Familien kämpfen gegen das Vergessen und für Aufklärung und Gerechtigkeit

→ BEWEGUNGSFREIHEIT

- 109 SOLIDARITÄT ALS GEGENMACHT**
Wie transnationale Netzwerke Abschottung und Ausgrenzung etwas entgegensetzen.
- 114 IN ERINNERUNG AN PASTOR JML**
- 116 DANKSAGUNG**
- 117 SPENDEN & SOLIDARITÄT**
- 118 IMPRESSUM**

EINLEITUNG

Als Afrique-Europe-Interact sind wir seit dem Jahr 2009 politisch und solidarisch entlang der Flucht- und Migrationsrouten aktiv. Dabei versuchen wir, das in unserem Netzwerk vorhandene Wissen an verschiedenen Orten sichtbar zu machen und gleichzeitig den ungehörten Berichten, dem Leid und den Kämpfen von Migrant:innen eine öffentliche Plattform zu bieten. Dies umfasst unter anderem die Arbeit des Alarme Phone Sahara, das als fester Bestandteil unseres Netzwerkes im Niger aktiv ist und neben Such- und Rettungsdiensten in der Wüste auch Menschen erstversorgt, die im Zuge von Massenabschiebungen aus Algerien an der Grenze zum Niger ausgesetzt werden. Als Antwort auf die verschärften Entwicklungen in Tunesien und den dort zunehmend menschenunwürdigen Bedingungen für Schwarze Migrant:innen betreiben wir zudem seit 2023 eine Schutzwohnung für Familien in Tunis, die aber aus Sicherheitsgründen sehr diskret gehandhabt wird. Zu den ältesten Projekten unseres Netzwerkes zählt unterdessen das Rasthaus »Baobab« in der marokkanischen Hauptstadt Rabat, das wir im Jahr 2015 gemeinsam mit ARCOM, einem Verein selbstorganisierter Migrant:innen und Asylsuchender in Marokko, eröffnen konnten. Nach einer strapaziösen Reise durch die Sahara ist das Rasthaus insbesondere für neu in Marokko ankommende Frauen und Kinder ein Ort der Sicherheit, der Orientierung und des Durchatmens. Mit drei Wohnungen bietet das Projekt Schutz und unterstützt die Frauen bei medizinischen Notfällen und Geburten. Zudem werden Sprachkurse, berufliche Fortbildungen und Unterricht angeboten – für zugewanderte genauso wie marokkanische Frauen und ihre Kinder.

Trotz der lebensgefährlichen Bedingungen auf den Migrationsrouten und in den Transitländern brechen Menschen weiterhin auf, schlagen

sich durch, um zu überleben, suchen nach Strategien weiterzukommen oder sich ein Leben an unterschiedlichen Orten ihrer Migration aufzubauen. Immer wieder berichten uns Migrant:innen, die wir durch unsere Arbeit in Tunesien, Marokko, Niger, Mali und Togo kennenlernen, von Gewaltverbrechen, alltäglicher Angst und dem ständigen Kampf ums Überleben. Auch einige Mitstreiter:innen unseres transnationalen Netzwerks sind diesen Weg einst selbst gegangen oder haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Dort, wo es möglich ist, versuchen wir, praktisches Wissen mit Menschen zu teilen, die eine Migration in Erwägung ziehen (im westafrikanischen Kontext häufig als »Kandidat:innen der Migration« bezeichnet), ohne jedoch zum Gehen oder Bleiben zu raten.

Ein Ort der Begegnung und des Widerstands

Im Oktober 2025 konnte Afrique-Europe-Interact anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Rasthauses ein starkes Zeichen setzen, indem wir gemeinsam mit ARCOM und den Frauen des Rasthauses eine dreitägige transnationale Konferenz in Rabat organisierten. Dabei entstand ein wertvoller Austausch, bei dem rund 300 Menschen vor Ort waren – mehrheitlich (Transit-)Migrant:innen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, unter ihnen insbesondere eine große Gruppe aus dem Sudan. Unter dem Titel »Wir migrieren, um zu leben, nicht um zu sterben« war die Konferenz gleichzeitig Anlass für die Würdigung eines Doppeljubiläums. Denn auch ARCOM blickte 2025 auf eine 20-jährige Geschichte der Selbstorganisation und des Kampfes für Bewegungsfreiheit zurück. Hinzu kamen rund 50 Aktivist:innen von Afrique-Europe-Interact und befreundeten Netzwerken aus Niger, Mali, Senegal, Marokko, Mauretanien, Tunesien, der DR Kongo, Deutschland, Österreich, Frankreich, den Niederlanden und weiteren Ländern. Auf diese Weise konnten wir auf allen Ebenen den Erfahrungsaustausch und den transnationalen Kampf für Bewegungsfreiheit stärken.

Im Zentrum der Vorträge, Podiumsgespräche und Workshops standen zum einen die Situation für Geflüchtete und Migrant:innen in Marokko. Zum anderen fand ein Austausch über die Gewalt auf den Migrationsrouten,

überfüllte Lager, Abschiebungen sowie den fehlenden Schutz für Frauen und Kinder statt. Zugleich gab es viele künstlerische Tanz- und Theaterbeiträge insbesondere von Kindern und Jugendlichen, die sich mit Schmerz und vielfältigen Traumata beschäftigten, aber auch mit kulturellen Ritualen und kollektiver Stärke.

Die Konferenz war ein kraftvoller Ort der Begegnung, Solidarität und Vernetzung – ein Aufbruch zu neuer Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Unser zentrales Credo bleibt: Migrieren, um zu leben, nicht um zu sterben. Bewegungsfreiheit für alle!

Vor Europas Grenzen

Als Reaktion auf den »Sommer der Migration« im Jahr 2015 verschärfte die EU die seit Mitte der 1990er Jahre schrittweise aufgebaute Migrationskontrolle auf dem afrikanischen Kontinent. Zur europäischen Migrationspolitik gehört vor allem die Externalisierung von Grenzen, wodurch Menschen bereits vor den EU-Außengrenzen blockiert, festgehalten und abgeschoben werden sollen. Die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko, Tunesien und Libyen, aber auch Mauretanien, sind wichtige Transitländer für Geflüchtete und Migrant:innen und spielen eine zentrale Rolle im wirtschaftlichen und sozialen Austausch mit Ländern südlich der Sahara. Gleichzeitig begeben sich junge Menschen aus den Maghreb-Staaten selbst in die Migration, während die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Lage in diesen Ländern wächst. Dies zeigte sich unter anderem in den Gen-Z-Protesten im Herbst 2025 in Marokko sowie bereits zuvor in den Aufständen des sogenannten Arabischen Frühlings in den Jahren 2011/12.

Für Schwarze Menschen und Migrant:innen ist das Leben in diesen Staaten durch wachsenden Rassismus und eine weit verbreitete xenophobe Haltung unerträglich geworden. Gerade in Libyen hat sich eine perfide Folter- und Lösegeldindustrie entwickelt, auch wenn das Land bis heute das wichtigste Transitland in Nordafrika ist. In Tunesien kam es seit den rassistischen Hetzreden des Präsidenten Kais Saied im Juni 2023 zu gewalttätigen Mobs, Razzien, Festnahmen und Massenabschiebungen

gegen Schwarze Menschen. Jegliche Form von Hilfeleistungen gegenüber Migrant:innen werden seitdem kriminalisiert und Aktivist:innen und Menschenrechtsorganisationen sind massiver Repression ausgesetzt. Ähnliche Dynamiken sind auch in Algerien, Marokko und Mauretanien zu erkennen.

Migrant:innen aus Subsahara-Afrika führen ein permanentes Versteckspiel mit den algerischen, tunesischen, marokkanischen und mauritanischen Sicherheitskräften sowie libyschen Milizen, um Festnahmen und Abschiebungen zu entgehen. Viele der Betroffenen sind Opfer von Kettenabschiebungen und pendeln pausenlos zwischen Tunesien, Algerien, Marokko und Libyen auf der Suche nach einem sicheren Ort zum Leben und Arbeiten oder aber nach einem Abfahrtsort zur Überquerung des Mittelmeers bzw. des Atlantiks.

 *Tragt unsere Stimmen in die
Welt hinaus, damit alle von
dieser Ungerechtigkeit erfahren!«*

Notdürftig aufgebaute Camps von Migrant:innen, wie in den Olivenhainen in Sfax (Tunesien), oder in den Wäldern in Marokko nahe der Grenzzäune der ehemals kolonisierten, aber bis heute zu Spanien gehörigen Städte Ceuta und Melilla werden regelmäßig von den tunesischen und marokkanischen Nationalgarden verwüstet oder niedergebrannt. Den allermeisten Migrant:innen fehlt jeglicher Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem. Die soziale und gesundheitliche Versorgungslage ist katastrophal – in Marokko genauso wie in den anderen Staaten Nordafrikas. Schwarze Menschen werden auch in den Städten, auf offener Straße auf dem Weg zur Arbeit, zum Markt oder zur Kirche oder Moschee kontrolliert und ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus festgenommen. Dabei laufen sie ständig Gefahr, abgeschoben und in abgelegene Wüstengebiete ausgesetzt zu werden, wie es eine gängige Praxis in all den fünf Staaten ist. Unzählige Berichte zeigen, dass insbesondere in Tunesien und Algerien Migrant:innen, selbst Kinder und schwangere Frauen, ohne

Wasser und Nahrung in Busse gebracht und in der Wüste ausgesetzt werden. Die Konsequenz: Menschen verdursten, verhungern oder sterben wegen Erschöpfung, Krankheit und Gewalt in der Sahara. Doch ihre Zahl ist unklar, da vieles im Geheimen erfolgt. Bekannt ist allerdings, dass besonders Frauen von sexualisierter Gewalt und Vergewaltigungen durch Polizisten und Grenzbeamten betroffen sind.

Die nordafrikanischen Staaten, zu denen in dieser Broschüre auch Mauretanien gerechnet wird, sind seit Jahren wichtige Partner der Europäischen Union in der Migrationspolitik. Sie ziehen aus dieser Rolle eigene Vorteile und nutzen die Migrationsdeals zugleich zur Durchsetzung eigener Interessen. Trotz der Berichte von Folter in den Internierungslagern in Libyen, von Abschiebungen aus Tunesien in abgelegene Wüstengebiete, von Massakern an den Grenzzäunen in Melilla und Ceuta sowie von Massenabschiebungen in Konvois von entkräfteten und verletzten Menschen aus Algerien an die Grenze zum Niger wird diese Politik weiter forciert. Nicht zuletzt wurden beim Treffen der EU-Innenminister:innen im Dezember 2025 beschlossen, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. In der Konsequenz bedeutet diese Entscheidung, dass mit der Einführung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems auch Menschen aus diesen Ländern nach einem vereinfachten Verfahren abgeschoben werden können. Damit setzt sich die Spirale der Gewalt und Hoffnungslosigkeit vor den Toren Europas fort, während sich der europäische Kontinent zunehmend vor Migrant:innen und Geflüchteten abschottet.

Die Überfahrten von Nordafrika Richtung Europa werden immer lebensgefährlicher und schwieriger: So werden nach Deals mit der Europäischen Union die Küsten Tunesiens, Mauretaniens und Libyens ständig überwacht und die Überfahrt kriminalisiert. Die mit EU-Geldern finanzierte libysche »Küstenwache« greift immer wieder Flüchtlingsboote an, indem sie mit Schnellbooten in hoher Geschwindigkeit auf diese zurast, absichtlich Wellen erzeugt und so die Boote mit geflüchteten Menschen zum Kentern bringt. Auch Schüsse wurden bereits dokumentiert – sowohl auf Menschen als auch auf Boote oder zivile Rettungsschiffe.

Während die Zahl der Überfahrten von Tunesien auf die italienische Insel Lampedusa erheblich zurückgeht, haben die Überfahrten von Mauretanien über den Atlantik auf die Kanarischen Inseln stark zugenommen. Entsprechend hat Mauretanien – ähnlich wie Tunesien – nach einem Migrationsdeal mit der EU seine Grenz- und Migrationspolitik einmal mehr verschärft.¹

Warum diese Broschüre?

In der vorliegenden Broschüre möchten wir die Erfahrungen teilen, die wir im Austausch mit den Migrant:innen in Marokko und den beteiligten Akteur:innen aus den unterschiedlichen Gruppen und Netzwerken gewonnen haben. Ausgehend vom Rasthaus in Rabat sowie der prekären Situation von Migrant:innen und Geflüchteten in Marokko soll ein vertieftes Verständnis der Situation von Menschen auf den Flucht- und Migrationsrouten in Nordafrika entstehen. Dabei ist es uns wichtig, diese Situation nicht isoliert von den Entwicklungen in anderen Regionen und dem Einfluss neokolonialer Interessen und den migrationspolitischen Agenden der Europäischen Union zu sehen. Im Zentrum der Broschüre stehen jedoch die Stimmen der Menschen auf den Flucht- und Migrationsrouten, die in Interviews, Berichten und O-Tönen vorgestellt werden. Ziel ist es, diesen Perspektiven Sichtbarkeit zu verleihen und damit dem Aufruf eines Teilnehmers der Konferenz zu folgen, der aus dem Sudan geflüchtet und in Marokko gestrandet ist: »Tragt unsere Stimmen in die Welt hinaus, damit alle von dieser Ungerechtigkeit erfahren!«

Unsere transnationale Arbeit findet zudem größtenteils ehrenamtlich statt und kann ohne finanzielle Mittel nicht gelingen. In diesem Sinne soll die Broschüre auch einen Einblick in unsere Arbeit als politisches Netzwerk geben und dazu einladen, unsere Anliegen solidarisch mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen. Jede Spende – ob Einzelspende oder regelmäßige Dauerspende – hilft! ✕

¹ Weitere Infos: <https://caminandofronteras.org/en/>

SCHUTZ
N

EIN HAUS GEGEN DIE GEWALT

Wie das Frauenhaus Baobab Schutz, Solidarität und neue Perspektiven schafft

*In dieser Reportage berichtet der Gründer des Rasthauses
Emmanuel Mbolela von der Notwendigkeit eines Schutzraumes
in Rabat, Marokko.*

Die grenzüberschreitende Migration ist nicht mehr, wie noch vor einigen Jahrzehnten, eine Angelegenheit der Männer. Sie hat sich feminisiert. Heutzutage sind immer mehr Frauen auf den Migrationsrouten anzutreffen. Die meisten dieser Frauen wurden gezwungen, ihr Land zu verlassen. Die einen, um bestimmten Praktiken wie Zwangsheirat oder Beschneidung zu entkommen, die anderen, um ein außerehelich geborenes Kind zu schützen, dritte wiederum fliehen vor bewaffneten Konflikten. Und manche haben sich auf den Weg gemacht, weil sie ihre Freiheit erlangen wollen, sie sehnen sich danach, andere Orte kennenzulernen. So ist diese Migration auch zu einer Familienmigration geworden, wie man in den letzten Jahren feststellen kann: Jede dritte Migrantin wird von mindestens einem Kind begleitet.

Die Verschärfung der »rechtlichen« Reisebedingungen, insbesondere die Unmöglichkeit, Visa zu erhalten, und die verstärkten Grenzkontrollen, zwingen diese Frauen – ebenso wie Männer – dazu, gefährliche Routen zu nehmen, um die Sicherheitsvorkehrungen zu umgehen. Auf diesen

Routen ist keine von ihnen vor oft unbeschreiblichen Gräueltaten und Gewalttaten geschützt. Da ich diese Route selbst zurückgelegt habe, habe ich Gewalt erlebt und gesehen, wie Frauen derselben Gewalt ausgesetzt waren, dabei jedoch einen doppelt so hohen Preis zahlen mussten wie Männer.

Wenn sie ihre jeweiligen Länder verlassen, sind sich einige von ihnen der Strapazen, des Leids, der Gewalt und der Gräueltaten, die sie auf diesem Weg erwarten, nicht bewusst. Sie werden sie entdecken und erleiden. Auf diesem Weg werden sie immer wieder, ohne sich zu wehren, die Boshaftigkeit oder schlimmer noch, die verrohte Seite der Menschheit erleben. Denn manche Gewalttäter sind Mitglieder ihrer eigenen Gemeinschaften! Diese zwingen sie, ungewollte Schwangerschaften auszutragen, unter dem Vorwand, dass sie die Reise erleichtern oder es ermöglichen, in Europa aufgenommen zu werden und eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. In Wirklichkeit werden diese Frauen nach Ablauf ihrer Schwangerschaft sich selbst überlassen. Andere bringen ihre Kinder unter extrem schwierigen Bedingungen zur Welt, während wieder andere bei dem Versuch, eine Abtreibung vorzunehmen, ihr Leben verlieren.

In Marokko angekommen, sehen sich die Migrantinnen mit einer Situation konfrontiert, mit der sie nicht gerechnet haben. Marokko, die letzte Etappe ihrer langen Reise vor dem Erreichen des Landes ihrer Träume, wird zur Quelle ihres Leidenswegs. Oft kommen die Migrantinnen völlig mittellos an: Es fehlt ihnen an Nahrung und Geld, da sie in der Wüste und sogar schon an der Grenze zu Marokko von Banditen ausgeraubt und erpresst wurden. Der Mangel an Geld zur Begleichung der Miete wird dann zur Quelle der Ausbeutung. Frauen und Mädchen werden Opfer sexueller Gewalt durch Mitglieder ihrer eigenen Gemeinschaften. Oft werden Frauen, die ihren Anteil an der Miete nicht bezahlen können, in den Status einer Sexsklavin gedrängt. Diese Situation habe ich in der Wohnung erlebt, in der ich bei meiner Ankunft in Rabat untergebracht war. Ich traf eine Frau, die mit ihrem Kind allein in einem Zimmer wohnte. Doch diese Unterkunft war nicht umsonst: Sie musste demjenigen, der als »Vorsitzender« der Wohnung galt, sexuelle Dienste leisten.

GRÜNDER DES RASTHAUSES BAOBAB: Emmanuel Mbolela wurde 2002 während Studierendenprotesten in der Demokratischen Republik Kongo verhaftet und musste anschließend das Land verlassen. Über den Landweg gelangte er nach Marokko, wo er 2005 die migrantische Selbstorganisation ARCOM mitbegründete. 2008 kam er im Rahmen des UNHCR-Umsiedlungsmechanismus nach Europa und engagierte sich von Anfang an bei Afrique-Europe-Interact. 2015 veröffentlichte er sein Buch »Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil«. Durch Spendensammlungen bei seinen Lesereisen konnten wir 2015 gemeinsam mit ARCOM ein Rasthaus für Frauen und ihre Kinder in der marokkanischen Hauptstadt Rabat eröffnen. Emmanuel Mbolela ist Koordinator des Rasthauses, zudem ist er in der kongolesischen Exil-Community aktiv. ✕



Emmanuel Mbolela, Initiator der ARCOM und des Rasthauses Baobab, eröffnete die Jubiläumskonferenz in Rabat.

Diese Frauen, die in Marokko völlig mittellos sind, sehen ihre Lage vor allem durch den Mangel an Wohnraum weiter verschlechtert. Die Männer, oft aus ihrer eigenen Gemeinschaft, die vorgeben, sie zu beschützen, nutzen dieses Elend noch mehr aus. Ich war Zeuge dieser Zustände. Das hat mich dazu bewegt, nach Marokko zurückzukehren, um das »Frauenhaus für Migrantinnen« zu gründen. Ein Projekt, das mir sehr am Herzen lag.

Dieses Haus öffnete im Februar 2015 seine Türen. Es handelte sich um eine Dreizimmerwohnung mit jeweils zwei Betten pro Zimmer. Die Aufnahmekapazität wurde auf sechs Personen geschätzt, und die Aufenthaltsdauer war auf einen Monat festgelegt. Grundsätzlich war dieses Haus dazu bestimmt, ausschließlich Frauen zu beherbergen, die nach ihrer langen und beschwerlichen Reise gerade erst in Marokko angekommen waren.

In der Migrant:innengemeinschaft verbreiten sich Informationen vor allem durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Innerhalb von weniger als einer Woche war die Wohnung mit etwa zehn Personen belegt. In jedem Bett schliefen zwei Frauen, und wir erhielten ununterbrochen Anrufe von Menschen in Not! Diese Situation, die uns wenige Monate nach der Eröffnung unseres Aufnahmehauses zu überfordern schien, war ein Vorbote der Arbeit, die uns erwartete – nicht nur in Marokko, sondern auch in Europa. Denn wir mussten Aufklärungsarbeit leisten, um Spenden zu sammeln.

Dank dieser Arbeit haben wir nicht nur unsere Aufnahmekapazität erhöht, sondern auch weitere damit verbundene Aktivitäten ins Leben gerufen – insbesondere Alphabetisierungskurse für Frauen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten, Nachhilfe- und Sprachkurse für Kinder und Jugendliche sowie Computer- und Schneiderkurse. Vor kurzem haben wir ein Ausbildungsprogramm zum Thema Unternehmertum eingeführt, um Frauen dabei zu helfen, Arbeit zu finden oder eine einkommensschaffende Tätigkeit aufzubauen.

Zum 10-jährigen Jubiläum dieses Frauenhauses verfügen wir über drei Wohnungen, in denen jedes Jahr mehr als 200 Migrantinnen und ihre Kinder untergebracht werden. Die Aufenthaltsdauer wurde von

einem Monat auf drei Monate verlängert. Dank des Engagements und der bedingungslosen Unterstützung von Einzelpersonen, Vereinen und Initiativen kann ich ohne Übertreibung sagen, dass unser Frauenhaus mit dem Namen »Baobab« zu einer Anlaufstelle und einer lebensrettenden Einrichtung geworden ist, anstatt nur Statistiken zu produzieren.

Dieses Projekt nimmt nicht nur Frauen auf, die gerade erst in Marokko angekommen sind, sondern derzeit auch Migrantinnen, die aus Ausbeutungsnetzwerken fliehen, in denen sie gefangen gehalten wurden und alle Arten von Gewalt erlitten haben. Andere Frauen sind vor den schlechten Arbeitsbedingungen als Reinigungskräfte in bestimmten Familien geflohen. Wir nehmen auch Frauen aus dem Norden Marokkos auf, aus Gebieten, in denen Migrant:innen auf günstige Bedingungen für die Überquerung des Mittelmeers warten – meist Wälder, in denen die Lebensbedingungen sehr prekär sind und in denen Frauen der Gefahr von Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt sind. Hinzu kommen Frauen, die von Hausbesitzern gewaltsam vertrieben und geschlagen werden, weil sie die Miete nicht bezahlt haben. ✕

STIMMEN AUS DEM BAOBAB-HAUS

» Die medizinische Versorgung für Migrantinnen im »Baobab« reicht manchmal nicht aus.«

Die Mutter dieses kleinen Jungen hier, er heißt Edouard, ist am 18. März gestorben. Dieses Datum hat sich mir unauslöschlich eingeprägt. Ich war mit meiner Kollegin im Krankenhaus, daran erinnere ich mich noch gut. Wir unterstützen immer bei Untersuchungen, Behandlungen, Medikamenten oder Fahrten mit dem Taxi. Denn all das kostet Geld. Aber das »Baobab« konnte nicht alle zusätzlichen Kosten dieser jungen Frau übernehmen, weil sie schon vorher sehr krank war. Letztendlich reichte es nicht aus, sie verstarb. Ihr Leichnam wurde danach in die Leichenhalle gebracht, und wir haben sie am 5. April im Beisein ihrer Familie und mit finanzieller Hilfe des Baobab beerdigt. Darüber sind wir sehr dankbar. Ohne die Verwandten, die plötzlich auftauchten, hätte die Beerdigung nicht stattfinden können. Denn wenn kein Geld da ist und man die Familie nicht findet, bleibt der Leichnam dort. In der Leichenhalle in Casablanca gibt es sehr viele dieser verstorbene Migrant:innen – sie sind dort zum Teil seit 2018! Einmal hat der König Gnade walten lassen und die Menschen bestatten lassen – es waren mehr als 100 Personen, von denen jede ein Grab erhielt.

*Adolphine Tchala, eine der Betreuerinnen im »Baobab«,
über den Tod einer jungen Bewohnerin.*

Wir vereinbaren mit den Kindern zum Beispiel: »Du recherchierst
» zum Thema Rassismus – was das ist und so weiter.« Und ein anderer recherchiert zum Thema »Zusammenleben«. Danach kommen wir zusammen, jemand spricht und wir anderen hören zu. Dann stellen wir Fragen und ich sage ihnen, dass sie es gut gemacht haben. So gehen wir Probleme an, und nach und nach haben wir in den Gruppen Vertrauen zueinander aufgebaut. Und so ist eine vereinte Gruppe entstanden, eine gemischte Gruppe mit Kindern aus Subsahara-Afrika und Marokko, aber in sich vereint.

Jean Masemi Landu, Lehrer, über seinen Unterricht mit den Kindern an der ARCOM-Schule.

Früher gab es unglaublich viel Rassismus. Jetzt hat ARCOM die
» Marokkaner:innen dafür sensibilisiert, dass man Schwarz oder weiß sein, und dennoch die gleiche Mentalität haben kann. Auch, um alles zu ändern, um gemeinsam voranzukommen. Das ist großartig.

Madeleine G/Rabat aus der Elfenbeinküste, hat im Rasthaus eine Fortbildung zur Kleinunternehmerin absolviert.

WAS DIE WÜSTE GENOMMEN HAT

Vier Frauen erzählen vom Überleben

Die Namen der vier Gesprächspartnerinnen wurden anonymisiert, das Gespräch hat während der ARCOM-Konferenz im Oktober 2025 in Rabat stattgefunden.



Claudine aus Kara/Togo

Ich bin das einzige Kind meiner Familie und selbst alleinerziehende Mutter zweier Kinder. Weil es meiner Mutter schon lange gesundheitlich schlecht geht, musste ich mich bereits früh um sie kümmern. Dafür fehlten mir aber stets die finanziellen Mittel. Eine entsprechende Arbeit konnte ich nicht finden. Ich beschloss, nach Marokko zu gehen, um Geld für meine beiden Kinder und meine Mutter zu verdienen, um sie versorgen zu können. Ich bin auf dem Landweg nach Marokko gekommen. Doch wenn ich gewusst hätte, was mir auf dem Weg durch die Wüste geschehen würde, wäre ich nicht aufgebrochen. Insgesamt war ich zwei Monate lang unterwegs. Unsere Gruppe bestand aus sechs Frauen und vier Männern. Wir reisten in einem LKW, danach fuhren wir in einem Pick-Up weiter. In der algerischen Wüste wurde ich Überlebende einer Vergewaltigung.

Die Männer in unserer Gruppe wurden entführt, weil sie uns helfen wollten. Ich habe den Kontakt zu ihnen verloren und weiß nicht einmal, ob sie noch am Leben sind. Die Angreifer waren maskiert und haben uns zudem alles weggenommen, was wir bei uns trugen: Unsere Handys, unser Geld, einfach alles. Als ich ankam, musste ich feststellen, dass ich aufgrund der Vergewaltigung schwanger war. Doch als schwangere Frau ist es hier unmöglich, Arbeit zu finden. Ich sah mich dazu gezwungen, auf der Straße betteln zu gehen.

*Ich sah mich dazu
gezwungen, auf der Straße
betteln zu gehen.»*

Anders hätte ich nicht überleben können. Dann habe ich jemanden getroffen, der mir von der ARCOM erzählte und mir erklärte, dass dort Migrantinnen versorgt und untergebracht werden. Ich bin in das Büro von Papa Emmanuel [Emmanuel Mbolela – die Redaktion] gegangen und habe ihm meine Situation erklärt. Danach bekam ich einen Platz im Baobab. Als ich hier ankam, war mein Sohn bereits zwei Monate alt. Mir fehlen noch immer die notwendigen Mittel, um meine Kinder zu versorgen. Wegen des anstehenden Afrika-Cups ist es heute verboten zu betteln. Wenn man erwischt wird, kann es passieren, dass man in sein Heimatland abgeschoben wird. Meine Familie zu Hause in Togo denkt noch immer, dass ich hier arbeiten würde. Aber das ist nicht der Fall – ganz im Gegenteil. Zum Glück bekommen wir hier Essen und können gratis wohnen. ✕



Amira aus Darfur/Sudan floh mit ihrer Schwester

Wir kamen über Ägypten, Libyen, Tunesien und Algerien nach Marokko. In Libyen wurden wir während mehrerer Wochen festgehalten. Unser Vater und unser Bruder wurden im Krieg getötet, als vor zwei Jahren ein Militärflugzeug abgestürzt ist. Von unserer Mutter fehlt jede Spur. Von Verwandten haben wir gehört, dass sie nach Libyen geflohen sei, aber sicher sind wir nicht. Die Überlebenden unserer Familie sind in alle Winde zerstreut und zu vielen haben wir keinen Kontakt.

» *Wegen unserer sexuellen Orientierung und weil wir uns nicht nach den Vorschriften für traditionelle Muslime kleiden, sind wir starken Anfeindungen ausgesetzt.«*

Aufgrund unserer sexuellen Orientierung, und weil wir uns nicht so kleiden, wie es für traditionelle Muslime vorgeschrieben ist, sind wir hier starken Anfeindungen ausgesetzt. Wir haben bereits Drohungen erhalten – man hat uns gesagt, dass man uns zusammenschlagen würde, wenn wir uns nicht kleiden, wie sich das für muslimische Frauen angeblich geziemt. Zurück in den Sudan können wir nicht. Dort erwartet uns nur der Tod. Zum Glück sind wir hier im Baobab in Sicherheit. ✕



Mariam, Region Issa/Elfenbeinküste

Ich stamme aus einer sehr armen Familie. Ich hatte einen Job als Industriearbeiterin und konnte ein bisschen Geld sparen. Dann wurde ich schwanger. Ich bin von zu Hause weggegangen, weil mein Gehalt für mich und mein Kind nicht gereicht hätte. Ich wollte der Armut entkommen, meine Mutter unterstützen und meinem Kind eine bessere Zukunft ermöglichen. Von einer Arbeitskollegin in der Fabrik habe ich dann den Kontakt zu einem jungen Mann aus Agadir bekommen, der mir versprochen hat, für mich die Bootsüberfahrt von Marokko nach Spanien zu organisieren. Dann habe ich mich auf den Weg gemacht und habe auf dem Landweg Mali, Senegal und Mauretanien durchquert. Die Reise klappte zunächst gut, doch an der Grenze zwischen dem Senegal und Mauretanien begannen die Probleme. Dort wurden wir drei Tage lang festgehalten. Ich war zu diesem Zeitpunkt im zweiten Monat schwanger und hatte große Angst, die Schwangerschaft wieder zu verlieren. Mit Gottes Hilfe habe ich es aber bis nach Marokko geschafft. In Agadir bin ich dann mit dem jungen Mann zusammengetroffen, der mir versprochen hatte, mich nach Spanien zu bringen. Er gab mir die Anweisung, in die Küstenstadt Ad-Dakhla weiterzureisen, die im Gebiet der Westsahara liegt. Von dort aus sollte ich gemeinsam mit anderen Migrant:innen in einem Boot auf die Kanarischen Inseln übersetzen. Aber es kam ganz anders als gedacht: In der Unterkunft, in die wir gebracht wurden, wurden wir ausgeraubt – Banditen nahmen uns unsere Wertgegenstände, unser Geld und unsere Handys ab. Ob der junge Mann dahintersteckt, der mein Reiseorganisator sein sollte, weiß ich nicht. Ich überlebte nur dank der Hilfe einiger ivoirischer Frauen [d.h. aus der Elfenbeinküste – die Red.], die ebenfalls in Ad-Dakhla gestrandet waren und die mir in dieser Zeit der Not zu essen gaben und mir ab und zu 10 oder 20 Dirham zusteckten. So blieb mir nichts anderes übrig, als mich nach Rabat durchzuschlagen. Hier wurde ich im Baobab aufgenommen. Sechs Tage nach meiner Ankunft habe ich meinen Sohn geboren. ✕



Verschiedene Frauen aus unterschiedlichen Ländern leben hier zusammen. Wir teilen das Essen und haben ein Dach über dem Kopf. Das ist das Wichtigste.«



**Abeni aus Birao/Zentralafrikanische Republik
ist die Tochter von Bäuer:innen**

Ich habe mein Land im Jahr 2023 aufgrund des Krieges verlassen. Das Dorf, in dem ich lebte, wurde von Soldaten überfallen und geplündert. Mir wurde schlimme Gewalt angetan und ich musste Hals über Kopf meine drei Kinder und meine Eltern zurücklassen. Über Kamerun und Niger bin ich nach Algerien gekommen. Bei der Durchquerung der Sahara habe ich viel gelitten. Ich wurde mehrere Wochen lang in der algerischen Wüste festgehalten. Zum Glück kam ich frei und reiste über die Stadt Oujda, die im Osten Marokkos liegt, weiter nach Rabat. Als ich hier ankam, wurde ich krank. Bald darauf sagte man mir, dass ich durch die Gewalt, die ich beim Überfall der Soldaten in meinem Heimatdorf erlitten hatte, ein Kind erwarten würde. Hier in Rabat hat man mich zum Büro des UNHCR geschickt. Da es dort aber keine Unterkünfte für Geflüchtete gibt, leiteten mich die Verantwortlichen zur ARCOM weiter. Seit zwei Monaten lebe ich nun hier – und zum Glück konnte ich meinen Frieden finden. Mein Kind wird ohne Vater aufwachsen, aber was bleibt mir anderes übrig, als mein Schicksal anzunehmen? Wir leben hier zusammen – verschiedene Frauen aus unterschiedlichen Ländern. Jede hat ihre Geschichte. Wir teilen das Essen und haben ein Dach über dem Kopf. Das ist das Wichtigste. Die Mitarbeiter:innen der ARCOM helfen uns, als ob sie unsere Eltern wären. Das Schlimmste liegt hinter mir, aber die Traumatisierungen bleiben. Ich bitte Gott, dass er mich beschützt und mir bei der Geburt meines Kindes beisteht. ✕





Die folgenden Bilder zeigen Frauen, teils mit ihren Kindern, in den Wohnungen des Rasthauses Baobab. Auf ihren Wunsch sind den Fotos keine Namen hinzugefügt.















**SELBST-
ORGANIS-
ATION**

AUS SCHWEIGEN WURDE WIDERSTAND

Emmanuel Mbolela: Ein Rückblick auf 20 Jahre Selbstorganisation für Würde, Rechte und Bewegungsfreiheit

Vom 3. bis 5. Oktober 2025 feierte der Verein für Flüchtlinge und Migrant:innen (ARCOM) sein 20-jähriges Bestehen. Mehr als 300 Personen, darunter überwiegend Migrant:innen, Aktivist:innen und Vertreter:innen von Solidaritätsorganisationen und -vereinen aus Afrika und Europa, nahmen an dieser großartigen Feier teil. Das Jubiläum unter dem Motto »Das Wort den Migrant:innen: Migrieren, um zu leben, und nicht, um zu sterben« fand in einer Atmosphäre der Solidarität und Geschwisterlichkeit bei völliger Meinungsfreiheit statt. Als Co-Initiator dieses ersten selbstverwalteten Migrant:innenvereins in Marokko veranlasst mich diese Feier dazu, einen Rückblick auf die ARCOM zu werfen, die 2005 in Rabat in einem Kontext gegründet wurde, der von Gewalt gegen Menschen auf der Flucht geprägt war.

Die Idee zur Gründung der ARCOM entstand aus einer schmerzhaften Feststellung: dem Schweigen und der Untätigkeit, die jedes Mal zu beobachten waren, wenn Migrant:innen in Rabat festgenommen und nach Oujda zurückgeschickt wurden, weil sie keine Aufenthaltsgenehmigung hatten. Zur Erinnerung: In Marokko führten die Ordnungskräfte im Jahr 2005 regelmäßig Razzien gegen Migrant:innen aus Subsahara-Afrika durch. Diese Razzien begannen bereits um 3 Uhr morgens. Die Polizei kam in die Ghettos, in denen wir wohnten. Wenn wir die Tür nicht sofort

öffneten, brach sie sie gewaltsam auf, um hineinzukommen. »Mein Freund, die Papiere« war die einzige Frage, die an uns gerichtet wurde. Damals war keiner von uns in der Lage, eine solche Aufforderung positiv zu beantworten. Die einzige Möglichkeit, darauf zu reagieren, bestand darin, sich schnell einen Mantel und warme Kleidung anzuziehen und den Anweisungen Folge zu leisten. Denn schon eine Minute reichte aus, um im Nachthemd gewaltsam herausgezerrt und in die Polizeiwagen verladen zu werden. Wer eine Diskussion anfangen wollte, bekam kräftige Ohrfeigen und Schläge, die ihn schnell zum Schweigen brachten.



Wir mussten uns organisieren und eine Struktur aufbauen, die uns helfen konnte, diese Gewalt anzuprangern und unsere Forderungen zu vertreten.«

Die Polizei patrouillierte in allen Arbeitervierteln von Rabat und trieb unerwünschte Personen zusammen: diejenigen, die keine Papiere hatten und die nach Ansicht der Polizei im Königreich Marokko nicht willkommen waren. Ich weigere mich, den Begriff oder das Etikett »Illegaler« zu verwenden. Denn diese Polizisten wussten genau, wo wir wohnten, und konnten uns jederzeit aufspüren, wenn sie nur wollten.

Nach der Festnahme wurden wir zunächst zur Polizeiwache im Stadtteil Hay Nahda 1 gebracht, wo man uns wie Kriminelle zur Schau stellte, bevor man uns noch vor 6 Uhr morgens in Busse nach Oujda im Nordosten Marokkos verlud. In Oujda angekommen, wurden wir in den Wald nahe der algerischen Grenze geworfen. Die marokkanischen Polizisten drängten uns in Richtung Algerien, während die algerischen Polizisten uns zurück nach Marokko schoben. Wie ich oft sage, war es wie ein Pingpong-Match zwischen den Polizeikräften beider Länder, und wir, die Menschen, waren dieser kleine Pingpong-Ball.

Als wir also so in diesem Wald zurückgelassen wurden, war der Weg zurück nach Rabat ein echter Hindernislauf. Die Zug- und Busunternehmen hatten die Anweisung erhalten, Menschen ohne Papiere nicht zu befördern: ohne Aufenthaltsgenehmigung gab es keine Fahrkarten. Man

musste also Hunderte von Kilometern zu Fuß zurücklegen, um sich von der Grenze zu entfernen. Manchmal wurden Migrant:innen, die diese letzte Möglichkeit nutzten, angegriffen und kamen dabei ums Leben!

Das mitschuldige und schuldbeladene Schweigen

Ich bezeichnete das Schweigen, das ich zunächst seitens bestimmter internationaler und nationaler Organisationen und sogar seitens der Kirchen beobachtete (die aber dies mit der Angst rechtfertigten, ihre Aktivitäten könnten eingestellt und ihre Türen versiegelt werden), als schuldhaft und mitschuldig. Vor allem aber empfand ich unsere Untätigkeit – als die von dieser Gewalt am unmittelbarsten Betroffenen – als Beweis für Feigheit, Mitschuld und Schuld gegenüber uns selbst. Es war kein leichter Entschluss für viele von uns, den Weg ins Exil anzutreten, nur um dann in Marokko festzusitzen. Und trotz der Not, in der wir in diesem Land lebten, hatten wir niemals unrechtmäßige Handlungen begangen, die das Leben der Bevölkerung oder die Interessen dieses Landes beeinträchtigen könnten. Ich stellte mir immer wieder die Frage: Warum müssen wir angesichts solcher Gewalttaten schweigen?

Entweder wir stehen zu uns selbst, oder wir gehen zugrunde

Nach vielen Überlegungen und Diskussionen hatten wir beschlossen, das Schweigen zu brechen. Wir mussten uns organisieren und eine Struktur aufbauen, die uns helfen konnte, diese Gewalt anzuprangern und unsere Forderungen zu vertreten. In diesem Zusammenhang entstand die ARCOM, die sich die Verteidigung der Grundrechte von Migrant:innen zum Ziel gesetzt hat. Ursprünglich als »Vereinigung kongolesischer Geflüchteter und Asylsuchender« (Association de Réfugié-es et Demandeur-euses d'Asile Congolaise) gegründet, entwickelte sich die ARCOM später zur »Vereinigung von Geflüchteten und Migrant:innengemeinschaften« (Association des Réfugié-es et des Communautés Migrantes), die alle Migrant:innen ohne Unterschied zusammenbringt und ihnen Dienstleistungen anbietet.

Die Gründung von ARCOM stellte eine Herausforderung dar, da das marokkanische Vereinsgesetz vorschreibt, dass alle Vorstandsmitglieder eine Aufenthaltsgenehmigung haben müssen. Da keiner von uns über diese Genehmigung verfügte, konnte unser Verein keine Bescheinigung erhalten, um legal zu arbeiten. Gleichzeitig war es keine Lösung, in unseren Ghettos eingeschlossen zu bleiben. Wir mussten uns organisieren, um unser Existenzrecht zu verteidigen und zu zeigen, dass ein Stück Papier nicht mehr wert ist als ein Menschenleben.



Wie ich oft sage, war es wie ein Pingpong-Match zwischen den Polizeikräften beider Länder, und wir, die Menschen, waren dieser kleine Pingpong-Ball.«

Diese Herausforderung haben wir gemeistert, wie die Feier zum 20-jährigen Bestehen der ARCOM gezeigt hat. Wir haben mehr als 10 Jahre lang im informellen Bereich gearbeitet, bevor wir im Dezember 2018 unsere erste offizielle (Betriebs-)Genehmigung erhielten.

Unsere erste öffentliche Aktion, die ich nie vergessen werde, fand vor dem Büro des UNHCR statt, um gegen die Abschiebungen nach Oujda zu protestieren. Zwei Tage nach einer Razzia in der Nacht vom 16. auf den 17. September 2005 wurden mehr als 300 Migrant:innen von Rabat nach Oujda abgeschoben. Die ARCOM war gerade erst gegründet worden. Nachdem wir Anrufe von Migrant:innen erhalten hatten, die in die

Busse verladen worden waren, hatten wir in unserem Ghetto eine Versammlung organisiert. Damals fassten wir den Entschluss, vor dem UNHCR-Büro zu demonstrieren. Denn jedes Mal, wenn es zu einer Razzia kam, stellten wir fest, dass diese Organisation, die für den Schutz von Flüchtlingen zuständig ist, schwieg. Wir mussten am Sonntag eine Aufklärungsaktion in den Stadtvierteln organisieren und Ankündigungen an einige katholische und evangelische Kirchen schicken. Doch am Montag waren nur etwa zwanzig Personen unserem Aufruf gefolgt: Das war entmutigend. Als wir gegen 10 Uhr am UNHCR-Büro ankamen, ergriffen die Asylsuchenden, die vor der Tür auf ihre Aufnahme warteten, die Flucht, nachdem wir die Flugblätter verteilt und angefangen hatten zu singen. Sie hatten Angst. Wir blieben vor Ort, und nachdem wir die Marokkanische Menschenrechtsvereinigung sowie den spanischen Verein SOS Racismo kontaktiert hatten, berichtete eine spanische Journalistin, die bei der spanischen Botschaft arbeitete, über unsere Demonstration. Das war ein Anfang, der der ARCOM ihre Gestalt geben sollte.

Die Gründung der ARCOM löste in der Folge eine Dynamik im Vereinswesen aus, die man derzeit in Marokko beobachten kann. Denn unmittelbar danach entstanden sowohl von Migrant:innen als auch von Marokkaner:innen selbstverwaltete Vereine sowie Solidaritätsvereine für Migrant:innen. ✕

GRENZPOLITIK AUF KOSTEN VON MENSCHENLEBEN

Europäische Abschottungspolitik und der Kampf um Bewegungsfreiheit in Marokko 2005 – 2025 – eine politische Einordnung von Emmanuel Mbolela

R Wie schätzt du die aktuelle europäische Migrationspolitik ein? Wohin hat sie sich in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelt?

E Der Anlass zur Gründung der ARCOM waren die Ereignisse von Ceuta und Melilla im Jahr 2005. Damals starben etliche Menschen beim Versuch, die Grenzzäune der beiden spanischen Enklaven zu überwinden und Europa zu erreichen. Seit dieser Zeit beobachte ich die Entwicklung der europäischen Migrationspolitik genau – und leider muss ich feststellen, dass sich seither nichts grundlegend verändert hat: Die Mauern und Zäune werden immer höher gezogen und das Sterben im Mittelmeer und in der Wüste nimmt kein Ende. Jedes Jahr werden hunderte Millionen Euro für den so genannten Grenzschutz bereitgestellt, während die Entwicklungshilfegelder gekürzt werden. Gerade in Zeiten der Klimakrise ist das dramatisch – denn die Anpassung an die Erderhitzung kostet Geld, das die afrikanischen Länder nicht haben. Gleichzeitig werden die natürlichen Ressourcen des Kontinents weiterhin geplündert – in den

letzten beiden Jahrzehnten gehören dazu auch strategisch wichtige Rohstoffe, die Europa für die Digitalisierung und für die Grüne Wende braucht.

R Warum handelt die EU in dieser Weise und welche Auswirkungen hat ihre Migrationspolitik auf die Länder des Maghreb?

E In fast allen EU-Mitgliedsstaaten, in denen in den letzten Jahren Wahlen stattfanden, haben rechte und rechtsextreme Parteien dazugewonnen. Diese Parteien verfolgen keineswegs ein politisches Projekt, das das tägliche Leben der Menschen in Europa verbessern könnte. Im Gegenteil: Rechte Parteien suchen lediglich einen Sündenbock für die ökonomische und ökologische Krise und schieben die Schuld an allen gesellschaftlichen Missständen auf die Migration. Und genau deshalb wird Druck auf die Länder Nordafrikas ausgeübt, um sie in die Rolle der Grenzwächter der EU zu drängen. Ich möchte daher auch an dieser Stelle die gemeinsame Arbeit würdigen, die während unserer Konferenz in den Workshops geleistet wurde. Denn der intensive Austausch mit Aktivist:innen aus Libyen, Tunesien, Mauretanien, Niger und Mali ermöglichte es, sich ein genaueres Bild vom Ausmaß der Gewalt zu machen, die den Migrant:innen in diesen Ländern entgegenschlägt.

 *Rechte Parteien suchen lediglich einen Sündenbock für die ökonomische und ökologische Krise und schieben die Schuld an allen gesellschaftlichen Missständen auf die Migration.«*

R Welche Wechselwirkung zwischen den aktuellen Jugendprotesten in Marokko und der Migration siehst du? Wie beurteilt die marokkanische Gesellschaft die Migration – sei es aus Subsahara-Afrika nach Marokko oder von Marokko nach Europa?

E Die Gewalt gegen die Migrant:innen ist auch deshalb irritierend, weil ein Großteil der marokkanischen Jugend lieber heute als morgen das Land in Richtung Europa verlassen würde. Der marokkanische Staat

muss sich eingestehen, dass die Jugend des Landes letztendlich ähnlichen Problemen gegenübersteht, wie das bei vielen Menschen aus Subsahara-Afrika der Fall ist: Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Armut und fehlende Freiheitsrechte. Diese Unzufriedenheit kommt in Marokko aktuell bei den Protesten der Gen Z zum Ausdruck. Wenn das marokkanische Königreich nicht auf die Forderungen der Jugend nach sozialer Gerechtigkeit eingeht, werden in Zukunft noch mehr junge Marokkaner:innen auswandern – und dies auf den gleichen gefährlichen und halsbrecherischen Routen wie die Menschen aus Subsahara-Afrika. Wie dramatisch die Situation ist, wurde während der Konferenz durch die berührenden Berichte von Familienangehörigen deutlich, deren Angehörige während der Überfahrt auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen sind.



Der marokkanische Staat muss sich eingestehen, dass die Jugend des Landes letztendlich ähnlichen Problemen gegenübersteht wie vielen Menschen aus Subsahara-Afrika.«

R Aktuell sticht besonders die dramatische Situation der Geflüchteten aus dem Sudan heraus. Gleichzeitig hat die Migration aus West- und Zentralafrika keineswegs abgenommen. Wie wird sich die Situation weiterentwickeln?

E Aktuell ist zu beobachten, dass sich eine Reihe von bewaffneten Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent verschärfen. Ich möchte hier auch an die Lage im Ostkongo erinnern. Dort lodert der Konflikt mit den östlichen Nachbarländern immer wieder auf – die internationalen Begehrlichkeiten nach den Rohstoffen der Region tun ihr Übriges. Gleichzeitig stimmt es absolut, dass die Lage der Geflüchteten aus dem Sudan besonders beunruhigend ist. Während es vor wenigen Jahren noch selten war, einen Migranten oder eine Migrantin aus dem Sudan auf den Straßen von Rabat anzutreffen, sieht man sie heute allorts. Die Kriege im Ostkongo und im Sudan zählen zu den vergessenen Konflikten unserer Zeit. Wir müssen alles dafür tun, um das Töten dort zu beenden

und den Geflüchteten aus diesen Ländern zu würdigen Lebensbedingungen zu verhelfen. Wir leisten unseren Beitrag, indem wir im Baobab sudanese Migrantinnen beherbergen.

R Die Konferenz in Rabat war mit Sicherheit ein großer Meilenstein. Wie beurteilst du die Arbeit der ARCOM während der letzten 20 Jahre?

E Ich will offen sein: Als die Konferenz eröffnet wurde, hatte ich Tränen in den Augen. Als Gründungsmitglied der ARCOM war es für mich sehr bewegend zu sehen, dass dieser kleine Verein, den wir vor 20 Jahren in einem Ghetto eines Arbeiterviertels von Rabat gegründet haben, eine solche Größe erreicht hat und so viele Menschen aus verschiedensten Ländern zusammenbringen konnte. Die große Beteiligung von Geflüchteten und Migrant:innen, von marokkanischen Institutionen und internationalen Organisationen zeigt die Wertschätzung und Anerkennung, die der ARCOM entgegengebracht wird. In den 20 Jahren ihres Bestehens hat die ARCOM eine beachtliche transnationale Zusammenarbeit auf die Beine gestellt, die ohne die Einbindung in unser Netzwerk Afrique-Europe-Interact nicht möglich gewesen wäre. Im Zentrum von alldem steht natürlich das Frauenhaus Baobab. Die vielen Diskussionen und Präsentationen sowie die kulturellen und künstlerischen Darbietungen, die die Jugendlichen und Kinder der ARCOM während der Konferenz zur Aufführung brachten, waren ein unwiderlegbarer und greifbarer Beweis für den Erfolg der Konferenz. ✕

FLUCHT & SOLITÄR- DARITÄT

WO SOLIDARITÄT GRENZEN ÜBERSCHREITET

Die Jubiläumskonferenz von ARCOM und Afrique-Europe-Interact

Wir migrieren, um zu leben, nicht um zu sterben« – unter diesem Motto kamen Anfang Oktober 2025 rund 300 Menschen in Rabat zusammen: Migrant:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen, Aktivist:innen und Unterstützer:innen aus verschiedenen afrikanischen und europäischen Ländern. Die Konferenz wurde zu einem Raum der Begegnung, der gemeinsamen Analyse und der politischen Neuvernetzung. Anlass der Konferenz war ein doppeltes Jubiläum: das 20-jährige Bestehen von ARCOM und 10 Jahre Rasthaus »Maison Baobab«. Die Konferenz fand in einem Kontext statt, in dem politische Organisation und öffentliche Mobilisierung für Migrant:innen in Marokko zunehmend eingeschränkt sind. Ein Teilnehmer aus dem Sudan, beschreibt dies so: »Ich habe gehört, dass hier ein afrikanisches Kulturfest stattfindet. Als ich ankam, habe ich gemerkt, dass über Migration und unsere Probleme gesprochen wird. Das finde ich gut. Es ist wichtig zu erzählen, womit wir zu kämpfen haben.«

Unsicherheit, Ausgrenzung und Haft

Migrant:innen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara leben in Marokko meist unter prekären und unsicheren Bedingungen. Auch wenn

ARCOM seit seiner Gründung vor 20 Jahren wichtige Erfolge erkämpfen konnte, bleiben die grundlegenden Probleme bestehen. Das Leben vieler Konferenzteilnehmender ist geprägt von unsicherem Aufenthaltsstatus, eingeschränktem Zugang zu Arbeit, fehlender Gesundheitsversorgung und der ständigen Gefahr willkürlicher Inhaftierungen und Abschiebungen. Cheikh Konaté, Menschenrechtsaktivist und Gewerkschafter, bezeichnet inhaftierte Migrant:innen als eine »vergessene Gruppe«: »Es wird sehr wenig über unsere Brüder und Schwestern gesprochen, die in den Gefängnissen sitzen, und es sind viele.«

Geschlechtersensible Perspektiven auf Migration

Auch Madeleine G. nimmt an der Konferenz teil – ihre Geschichte steht exemplarisch für viele der anwesenden Frauen. Sie stammt aus der Elfenbeinküste und absolviert im Rasthaus »Maison Baobab« ein Ausbildungsprogramm im Bereich Unternehmertum. Für sie ist ARCOM ein Ort der Sicherheit und Solidarität – in einer Lebensrealität, die sonst von Unsicherheit geprägt ist: »Bei ARCOM wird nicht nach Herkunft unterschieden. ARCOM hilft allen. Dank ARCOM gibt es viele junge Mädchen, die nicht auf der Straße ihren Körper verkaufen müssen«. Viele der anwesenden Frauen teilen ähnliche Erfahrungen: sexualisierte Gewalt und Ausbeutung gehören für sie zur Realität entlang der Migrationsrouten. Zugleich macht Madeleine darauf aufmerksam, dass auch viele Männer unter massiven Schwierigkeiten leiden: »Wenn unsere Brüder arbeiten gehen, werden sie von der Polizei festgenommen. Wenn sie keine Aufenthaltsgenehmigung haben, werden sie verfolgt und ins Gefängnis gesteckt. Oder noch schlimmer, weit weg in der Wüste ausgesetzt.«

Grenzwalt und Pushbacks in der Wüste

Die zunehmende Gewalt entlang der afrikanischen Migrationsrouten steht im Zentrum der Konferenz. Neben Berichten aus Marokko schildern Migrant:innen und Aktivist:innen aus Algerien, Tunesien, Mauretanien und Niger Abschiebungen in abgelegene Wüstenregionen, die Zerstörung

informeller Camps und willkürliche Inhaftierungen – vielerorts alltägliche Praktiken. Zehntausende Menschen stranden in Grenzregionen. Diese Entwicklungen sind eng mit der Externalisierung europäischer Migrationspolitik verknüpft – besonders sichtbar in Ländern wie Tunesien und Mauretanien. Teilnehmende berichten aus eigener Erfahrung von Repressionen, die sich zunehmend auch gegen Helfer:innen und solidarische Strukturen richten.

Kritik an internationaler Flüchtlingspolitik

Besonders auf der Konferenz präsent ist die große Gruppe sudanesischer Geflüchteter. Seit Beginn des Krieges im April 2023 kommen verstärkt Menschen aus dem Sudan nach Marokko. »Was sind wir, wenn nicht schutzbedürftig? Wer, wenn nicht wir, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind, sollte Schutz erhalten?«, fragen sudanesishe Geflüchtete in einer direkten Konfrontation mit einer Vertreterin des UNHCR. Die Frustration ist groß: fehlende Schutzmechanismen, jahrelange Wartezeiten auf Anhörungen, bürokratische Hürden, Illegalisierung und unzureichende Versorgungsstrukturen prägen die Situation vieler Geflüchteter.

Kultur als Ausdruck politischer Selbstbehauptung

Im Rahmen der Kulturarbeit von ARCOM kommen regelmäßig Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Herkunft zusammen. Koordiniert wird das Programm von Kanny Keita, selbst Migrantin und verantwortlich für das Kulturprogramm der Konferenz. In dieser Funktion bringt sie Tänze, Lieder und ein Theaterstück auf die Bühne – entwickelt gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen der ARCOM. Kanny kennt die Herausforderungen, die das Zusammenleben in Marokko mit sich bringt – und weiß, wie Grenzen durch Kunst überwunden werden können: »Die jungen Leute kommen aus der Demokratischen Republik Kongo, aus Kongo-Brazzaville, Guinea, der Elfenbeinküste, Mali und dem Sudan. Sie sprechen nicht dieselben Sprachen. Auch marokkanische Jugendliche sind dabei. Unsere Sprache ist die Kultur. So verstehen wir uns.« Das Kulturprogramm wird zu einem emotionalen Höhepunkt der Konferenz

– und zeigt, dass künstlerischer Ausdruck eine Form politischer Selbstbehauptung ist.

Erinnern heißt Widerstand

Migration ist untrennbar mit Verlust und Widerstand verbunden – das wird in einem Workshop der Konferenz deutlich. Angehörige berichten von Vermissten, von ihrer Suche, ihrer Trauer und ihrem Engagement, die Erinnerung an Verstorbene lebendig zu halten. »Das Meer hat keinen Ast, an dem man sich festhalten kann«, sagt eine Mutter, deren Sohn bei der Überquerung des Mittelmeeres verschwunden ist. Seit fünf Jahren hat sie keine Nachricht von ihm. Sie sucht Unterstützung für betroffene Familien und Hilfe bei der Gründung eines Vereins im Senegal. Auch Angehörige aus Marokko und Tunesien teilen ihre Trauer und ihre Wut über den Verlust ihrer Angehörigen. Gemeinsam prangern sie das tödliche Grenzregime an und suchen nach gegenseitiger Unterstützung. Im Mittelpunkt stehen der transnationale Gedenk- und Aktionstag »CommemorAction« am 6. Februar und die Forderung nach einem Erinnerungsmonument für Verstorbene und Vermisste auf den Migrationsrouten.

Transnationale Vernetzung und solidarische Strukturen

Die Konferenz stärkte nicht nur lokale Strukturen – es wurden neue transnationale Verbindungen geknüpft. Organisationen wie ARCOM, Afrique-Europe-Interact, Watch the Med Alarmphone und Alarme Phone Sahara diskutierten, wie bestehende Unterstützungsstrukturen besser miteinander verbunden werden können. Zugleich zeigte sich im Vorfeld der Konferenz, wie stark das Visaregime diese Zusammenarbeit behindert: Einige Aktivist:innen konnten trotz großer Kosten und Bemühungen nicht anreisen, weil ihnen Visa verweigert wurden. Doch die Konferenz zeigte auch: Trotz Gewalt, Unsicherheit und politischer Abschottung entstehen weiterhin Räume der Solidarität und des gemeinsamen Handelns. Das zentrale Motto der Konferenz ist mehr als ein Leitspruch – es ist ein politischer Anspruch: Wir migrieren, um zu leben, nicht um zu sterben. Bewegungsfreiheit für alle. ✕

AUF DER SUCHE NACH SCHUTZ

Die besondere Situation von Sudanesis:innen in Marokko

»Auch wenn die Menschen denken, dass wir nur Migrant:innen sind, die in dieses Land kommen, um nach Europa zu gelangen, muss ich dem widersprechen. Wir wollen unser Bestes geben! Es spielt keine Rolle, ob wir in Marokko oder in Europa sind. Wenn ich Schutz und Arbeit finde und wenn ich auf Menschen stoße, die mich respektieren und die gut zu mir sind, dann werde ich hier leben. Ich selbst wollte nicht weiterziehen. Das Wichtigste ist für uns nur, dass wir legal hier sein dürfen, denn bis jetzt sind wir illegal.«

Mahmoud H, aus dem Sudan, lebt in Rabat/Marokko

Marokko ist für viele Geflüchtete aus Subsahara-Afrika zur Hoffnung auf einen sicheren Ort geworden. Besonders seit der Eskalation des Krieges im Sudan im April 2023 suchen immer mehr Menschen in Nordafrika Schutz vor Krieg, Verlust und Vertreibung. Doch auch in Marokko finden sie oft weder verlässlichen Schutz noch eine Aussicht auf einen gesicherten Lebensunterhalt. Gewalt, Überleben und Unsichtbarkeit zählen auf schmerzhaft Weise zu ihrem Alltag.

Obwohl Marokko die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat, fehlt in der Praxis bis heute ein funktionierendes Asylsystem. Die

Registrierung und Anerkennung von Flüchtlingen übernimmt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, das UNHCR. Zwar erhalten manche Dokumente und Aufenthaltsgenehmigungen, doch die staatliche Unterstützung bleibt minimal: Es gibt kaum Unterkünfte, wenig medizinische Versorgung und fast keine legalen Arbeitsmöglichkeiten. Vor allem aber schützen sie nicht vor den willkürlichen Verhaftungen und Abschiebungen in Grenz- und Wüstengebiete. Trotz offizieller Papiere werden Geflüchtete von marokkanischen Behörden aufgegriffen und in den Süden des Landes oder zurück Richtung algerische Grenze gebracht. Dadurch leben viele ständig in Angst vor Abschiebung oder erneuter Vertreibung.

Viele von ihnen haben auf ihrer Flucht bereits schwere psychische und körperliche Traumata erlebt. Gleichzeitig verschärfen Kürzungen internationaler Hilfgelder die Situation zusätzlich, weil UNHCR und Hilfsorganisationen ihre Unterstützung reduzieren mussten. Eine letzte Hoffnung bleibt für viele nur noch die Umsiedelung über ein Resettlement Programm in ein anderes Land – eine Chance die durch die zunehmend rassistische Aufnahmepolitik europäischer Länder kaum noch existiert.

Die folgenden Porträts versammeln Stimmen von Menschen, die Afrique-Europe-Interact im Oktober 2025 in Marokko interviewt hat. Sie zeichnen ein Bild, das Marokko als eine Art Sackgasse beschreibt: sie können weder sicher nach Europa weiterreisen, noch wirklich in Marokko ein neues Leben aufbauen. Die Geschichten erzählen aber nicht nur von Gewalt und Unsicherheit.

Sie erzählen auch von Menschen, die trotz allem versuchen weiterzumachen: Frauen, die ihre Kinder aus der Ferne versorgen; Jugendliche, die nach Jahren im Gefängnis auf der Straße leben und sich in Gruppen organisieren, um zu überleben; Geflüchtete, die andere unterrichten oder unterstützen, obwohl sie selbst kaum abgesichert sind. Ihre Geschichten machen sichtbar, was politische Debatten über Migration oft ausblenden: dass Flucht nicht mit dem Erreichen einer Grenze endet, sondern sich Unsicherheit, Entrechtung und das Ringen um Würde häufig fortsetzen. Diese Stimmen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aber sie geben Einblick in eine Realität, die meist unsichtbar bleibt – und in den Alltag jener Menschen, die zwischen den Grenzen Europas und Afrikas feststecken. ✕



Mohamed Hamad und Yasir Ali Ibrahim berichteten von ihrer Inhaftierung auf der Flucht.

»Ich wusste nicht, warum sie mich mitgenommen haben.«



Mohamed Hamad, 25 Jahre alt, aus Darfur im Sudan

Ich wurde in Marokko verhaftet und drei Jahre lang ins Gefängnis gebracht – ohne zu verstehen, warum. Sie sagten, ich hätte versucht, nach Europa zu fliehen. Damals, im Juni 2022, starben viele Menschen an der Grenze bei Melilla. Aber ich gehörte nicht zu dieser Gruppe. Ich war zu Fuß unterwegs in der Nähe von Nador, als sie mich festnahmen. Ich hatte keine Möglichkeit, mich zu verteidigen. Am Ende wurde ich zu drei Jahren Haft verurteilt – obwohl ich beim UNHCR registriert war. Im Gefängnis war ich auf mich allein gestellt. Es gab niemanden, der uns helfen konnte. Wir hatten keinen Kontakt zu unseren Familien, keine Anwälte, keine Organisationen, die uns besuchten. Niemand hat sich unsere Geschichte angehört. Die Bedingungen waren sehr schlecht. In einer Zelle waren wir etwa 75 Menschen. Es war eng, laut und kalt. Ich wurde im Gefängnis geschlagen und getreten. Dabei habe ich einen Zahn verloren. Als ich wegen der Schmerzen um medizinische Hilfe bat, wurde mir nicht geholfen. Ich war nicht die einzige Person im Gefängnis, die wie ich aus dem Sudan geflohen war. Unter uns waren auch Minderjährige. Einer von ihnen war Yasir. Er war erst 13 Jahre alt, als sie ihn festgenommen haben.



Ali Ibrahim, 16 Jahre alt, aus Darfur im Sudan

Mit 13 Jahren wurde ich festgenommen. Ich wusste nicht, warum sie mich mitgenommen hatten. Zuerst sagten sie mir, ich müsse nur vier Monate im Gefängnis bleiben, weil ich noch minderjährig war. Das hat mir Hoffnung gegeben. Doch vor Gericht verurteilten sie mich zu drei Jahren Haft. Ich hatte keine Hilfe, keinen Anwalt, niemanden, der mich unterstützt hat. Ich war noch ein Kind, aber sie brachten mich in ein Gefängnis für Erwachsene. Dort wurde ich geschlagen und misshandelt. Es war sehr schmerzhaft. Als ich nach drei Jahren freigelassen wurde, erfuhr ich, dass meine Familie im Sudan ermordet worden war. Nur mein kleiner Bruder und ich sind übrig geblieben. Er lebt jetzt im Tschad. Ich bin allein hier in Marokko. Seit meiner Entlassung schlafe ich auf der Straße. Und ich frage mich: Wohin soll ich gehen? Ich möchte, dass meine Geschichte gehört wird. ✕



UNHCR

Date d'enregistrement : 17 janvier 2007
N° d'identification : 104-25-000000

À TUNIS DÉBROUIT

Nom : Mobarak
Date de naissance : 01 janvier 1980
Lieu de naissance : Émirat de Dubaï
Nationalité : Émirat de Dubaï
N° de passeport : 104-25-000000

Photo

BA 17941357

Hamed Mobarak kritisierte den mangelnden Schutz durch den UNHCR.

»Wie sollen wir unter diesen Umständen offizielle Dokumente besitzen?«



Hamed Mobarak aus Sudan

Ich spreche nicht nur für mich, sondern für viele Geflüchtete in Marokko, deren Stimmen kaum gehört werden. Das UNHCR verlangt von uns als Geflüchtete die Vorlage eines Reisepasses. Aber wie sollen wir unter diesen Umständen offizielle Dokumente besitzen? Im Sudan werden Menschen aufgrund politischer und historischer Konflikte benachteiligt, wenn sie aus einer bestimmten Region kommen. Viele erhalten keinen Pass oder haben Angst, überhaupt zu staatlichen Behörden zu gehen, weil sie Diskriminierung oder Verfolgung fürchten. Diese Realität wird nicht berücksichtigt. Die Forderung nach einem Reisepass ist ungerecht – sie widerspricht der eigentlichen Bedeutung des Begriffs »Flüchtling«. Wir wenden uns an das UNHCR, weil es uns Schutz verspricht. Wir gehen dorthin, um als »Flüchtling« anerkannt zu werden. Eigentlich gibt es Interviews, in denen wir erklären können, warum wir verfolgt werden. So soll entschieden werden, wer Schutz bekommt. Doch in der Realität bekommen viele von uns nicht einmal einen Termin. Oft dürfen wir das Büro gar nicht betreten. Und wenn wir vorgelassen werden, heißt es, dass es keinen Schutz für uns gibt.

Das lässt uns fragen, ob wir gegenüber anderen diskriminiert werden. Unsere Verfahren kommen nicht voran. Viele leben seit fünf oder sechs Jahren hier, ohne dass ihre Fälle überhaupt geprüft oder weitergeleitet wurden. Einige werden anerkannt, andere nicht. Wir verstehen nicht, warum wir nicht anerkannt werden. Wir sind vor Krieg geflohen, wir sind vertriebene Menschen. Im marokkanischen Staat erleben wir keinen Schutz. Selbst Programme, die über das UNHCR finanziert werden und besonders schutzbedürftige Menschen unterstützen sollen – Kranke, Frauen, Kinder – kommen bei uns nicht an. Es gibt Versprechen, aber wir

sehen nichts davon. Viele von uns werden Opfer von Übergriffen, Belästigungen oder Raub. Doch die Polizei greift nicht ein, selbst wenn wir Dokumente haben. Wir wissen oft nicht, an wen wir uns wenden können. Statt Schutz zu bekommen, werden wir selbst zur Zielscheibe. Die Polizei nimmt uns fest, oft ohne Grund, ohne Verfahren. Manche werden in andere Regionen gebracht, weit weg von Rabat, ohne Geld für den Rückweg. Andere landen im Gefängnis. Ich kenne Menschen, die seit drei Jahren in Haft sind. NGOs dürfen sie nicht besuchen, selbst das UNHCR hat keinen Zugang. Viele wissen nicht einmal, dass sie dort sind. Wir haben immer wieder vor dem UNHCR protestiert, um auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Aber sie hören uns nicht zu. Wir wollen, dass unsere Stimmen gehört werden – dass andere erfahren, was wir hier jeden Tag erleben. Doch oft haben wir das Gefühl, dass niemand wirklich versteht, was das für uns bedeutet. ✕

»Ich lebe in Angst – und versuche trotzdem, für meine Kinder stark zu bleiben«



Amina Abakar aus Sudan

Mein Leben dort war in einfachen Verhältnissen auf dem Land, aber getragen von Gemeinschaft: Nachbar:innen halfen einander, Essen wurde geteilt, Wasser war frei zugänglich. Doch mit dem Krieg im Sudan, der 2023 eskalierte und ganze Regionen in Gewalt stürzte, zerbrach dieses Leben. Kämpfe, Unsicherheit und Angst bestimmten plötzlich den Alltag. 2024 habe ich den Sudan verlassen. Ich musste meine Kinder und meine kranke Mutter zurücklassen – eine Entscheidung, die mich bis heute verfolgt. Meine Flucht führte mich über mehrere Länder Nordafrikas bis nach Marokko.

Der Weg war gefährlich. Ich habe gesehen, wie Menschen – besonders Frauen – Gewalt ausgesetzt waren, ohne Schutz, ohne Hilfe. Einmal wurden Dutzende Menschen, darunter auch ich, in der Wüste ausgesetzt, nachdem sie aus Algerien abgeschoben worden waren. Diese Bilder lassen mich nicht los. Heute lebe ich allein in Marokko. Ich habe einen Flüchtlingsstatus, aber Sicherheit bedeutet das für mich nicht. Ich kämpfe jeden Tag – mit der Sprache, mit kulturellen Unterschieden und vor allem mit der Einsamkeit. Meine Kinder sind weiterhin im Sudan, in einer unsicheren Situation. Lange wusste ich nicht einmal, ob sie noch leben. Erst nach elf Monaten habe ich erfahren, dass sie noch am Leben sind. Meine Familie im Sudan ist weiterhin nicht sicher. Der Krieg hat das Land zerrissen, Gewalt gehört zum Alltag.

Mein Kind wurde bei Auseinandersetzungen verletzt. Ich bin weit weg und kann nichts tun. Auch hier in Marokko bin ich nicht wirklich geschützt. Es gibt keinen Krieg, aber als alleinstehende Frau ist das Leben in einer patriarchalen Gesellschaft extrem schwierig. Ich habe rassistische Diskriminierung und Gewalt erlebt und fühle mich oft schutzlos. Früher gab es mit einem Status beim UNHCR die Möglichkeit,



Die Sudanesisin Amina Abaker suchte Schutz vor patriarchaler Gewalt im Frauenhaus Baobab.

als Flüchtling anerkannt und in sichere Länder umgesiedelt zu werden. Heute ist das kaum noch möglich. Ich wohne derzeit in einem Frauenhaus, dem Baobab-Zentrum. Doch mein Aufenthalt ist zeitlich begrenzt. Bald muss ich gehen, und ich weiß nicht, wohin. Ich habe kein Geld für eine eigene Wohnung. Von den wenigen Mitteln, die ich erhalte, schicke ich den größten Teil an meine Kinder. Für mich bleibt fast nichts.

Ich habe versucht, nach Europa weiterzureisen, um Arbeit zu finden und meine Familie zu unterstützen. Mehrmals habe ich es versucht – ohne Erfolg. Ich war sogar in Libyen auf einem Boot im Mittelmeer auf dem Weg nach Italien. Dort habe ich Gewalt erlebt. Am Ende wurde ich immer wieder zurückgedrängt.

Mein Gesundheitszustand erschwert alles zusätzlich. Nach einer Operation bin ich körperlich geschwächt und kann keine schwere Arbeit leisten. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten in Marokko hoch. Selbst grundlegende Dinge wie Wasser oder Lebensmittel sind teuer.

Was ich mir wünsche, ist einfach: Sicherheit. Eine Möglichkeit zu arbeiten. Und vor allem, dass jemand zuhört und versteht, was ich durchmache. Ich erzähle meine Geschichte, weil ich hoffe, dass sie gehört wird – nicht nur als Einzelfall, sondern als Teil einer Realität, die viele Frauen wie ich erleben. ✕



Nach seiner Flucht aus dem Sudan engagiert sich Mark Khunda Tutu in Marokko ehrenamtlich als Lehrer für andere Geflüchtete.

»Ich bin vor dem Krieg geflohen – und lebe weiter in Unsicherheit«



Mark Khunda Tutu aus Sudan

Ich komme aus den Nuba-Bergen in Südkordofan im Sudan – einer Region, die seit Jahrzehnten von Konflikten geprägt ist. Gewalt, politische Spannungen und wiederkehrende Kämpfe haben mein Leben bestimmt und mich schließlich zur Flucht gezwungen.

Zunächst ging ich nach Libyen, wo ich mehrere Jahre lebte und arbeitete. Doch auch dort war ich nicht sicher: willkürliche Festnahmen und Repressionen gehörten zum Alltag. Als ein Freund von mir verhaftet wurde, entschied ich mich weiterzuflüchten – über Tunesien Richtung Europa.

Ich versuchte, das Mittelmeer zu überqueren. Doch unser Boot blieb auf offener See liegen. Tagelang trieben wir ohne Kontrolle im Wasser, zwischen Hoffnung und Angst zu sterben. Schließlich wurden wir zurückgedrängt. Über Algerien gelangte ich schließlich nach Marokko.

Heute lebe ich hier in prekären Verhältnissen. Trotz mehrfacher Versuche habe ich keinen gesicherten Aufenthaltsstatus beim UNHCR erhalten. Der Zugang zu Schutz ist langwierig und oft intransparent. Ohne offizielle Dokumente ist es nahezu unmöglich, eine stabile Existenz aufzubauen.

Ich engagiere mich ehrenamtlich als Lehrer für andere Geflüchtete aus dem Sudan und versuche, besonders junge Menschen zu unterstützen. Doch ich habe kein Einkommen. Der Alltag ist geprägt von Unsicherheit: hohen Lebenshaltungskosten, fehlender Arbeit und Mangel an klaren Perspektiven. Was ich mir wünsche, ist einfach: Schutz, eine faire Behandlung im Asylverfahren und die Möglichkeit, selbstständig zu leben und zu arbeiten. Trotz allem halte ich an der Hoffnung fest, dass sich meine Situation eines Tages verbessert. ✕



Frauen unterrichten und lernen gemeinsam in einem Klassenraum des ARCOM-Zentrums.



In der Küche einer Schutzwohnung kochen die Frauen für sich und ihre Kinder.



Die Bewohnerinnen teilen sich die Zimmer in den Baobab-Wohnungen, in einem Stadtteil Rabats.



Die Klassenzimmer im ARCOM-Zentrum sind ein Treffpunkt für Frauen und Kinder, die in den Schutzwohnungen gelebt haben oder noch leben.



Neben klassischem
Schulunterricht üben die
Kinder auch ihre
künstlerischen Fähigkeiten in
den Klassenräumen der
ARCOM.

Der ARCOM-Unterricht ist
offen für marokkanische
Kinder, wodurch das
Zusammenleben in der
Nachbarschaft gefördert
wird.

In der Werkstatt der
ARCOM nähen die Frauen
aus den Schutzwohnungen
Kleidung für sich und
andere.

Zum Alltag im Baobab
gehören auch Arbeiten wie
das Wäschewaschen.



REGRESSION UND WIDESTAND

GEWALTREGIME AN DEN EU-AUSSENGRENZEN

Die Folgen der EU-Migrationspolitik in Nordafrika

Die Europäische Union verschiebt ihre Grenzen immer weiter nach Süden. Durch Abkommen, finanzielle Unterstützung und den Ausbau von Überwachungs- und Grenzschutzsystemen werden Staaten in Nordafrika und der Sahelregion zunehmend dazu verpflichtet, Migration nach Europa zu verhindern. Was als »Externalisierung des Grenzschutzes« bezeichnet wird, bedeutet für viele Migrant:innen: eingeschränkte Bewegungsfreiheit, Kontrollen, Repression und Gewalt.

Festnahmen, Abschiebungen, Pushbacks und das Aussetzen von Menschen in Wüsten- und Grenzregionen sind für Migrant:innen vielerorts Teil des Alltags geworden. Flucht- und Migrationswege werden immer gefährlicher und sichere Möglichkeiten, sich innerhalb Afrikas oder nach Europa zu bewegen, systematisch eingeschränkt. Fest steht: besonders betroffen sind Menschen, die aufgrund von Krieg, Armut, politischer Verfolgung oder fehlenden Perspektiven ihre Herkunftsregion verlassen. Die folgenden Beiträge machen diese Entwicklungen aus unterschiedlichen Perspektiven sichtbar: Sie berichten von den Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik in Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Niger. Personen, die diese Gewalt erfahren oder ihr etwas entgegensetzen berichten von Ihren Erlebnissen und ihrem Widerstand. Zugleich zeigen die Berichte und Analysen, dass entlang der Migrationsrouten solidarische Strukturen entstehen und sich Migrant:innen und Unterstützer:innen organisieren, gegen die Kriminalisierung von Migration und für Bewegungsfreiheit, Schutz und ein würdiges Leben. ✕

»WENN WIR SCHWEIGEN, WIRD DIE GEWALT ZUR NORMALITÄT«

Einblick in die praktische Arbeit der Aktivistin Imane Echchikhi in Marokko

Wir wurden festgenommen. Sie bringen uns irgendwohin. Wir wissen nicht, wohin.« Solche Nachrichten erreichen Imane regelmäßig. Sie arbeitet bei Alarm Phone in Oujda, im Osten Marokkos, nahe der algerischen Grenze [das Alarme Phone ist eine ehrenamtlich betriebene Notrufnummer für Migrant:innen in schwierigen Lagen – vor allem im Mittelmeer]. In dieser Region landen viele, die auf dem Weg nach Europa gestoppt werden. Wenn ihr Telefon klingelt oder eine Sprachnachricht eingeht, geht es oft um Menschen, die gerade festgesetzt wurden, verletzt sind oder nach einer Razzia voneinander getrennt wurden. »In solchen Momenten kann man nicht neutral bleiben«, sagt sie.

Was Imane beschreibt, ist keine Ausnahme. Es ist Alltag in Oujda und den umliegenden Grenzregionen. Viele der Menschen, mit denen Imane Kontakt hat, leben im Freien – im Wald oder in verlassenen Häusern. Es fehlt an Wasser, an Nahrung, an medizinischer Versorgung. Viele kommen verletzt an, einige nach mehreren gewaltsamen Zurückweisungen. Andere wurden festgenommen, quer durchs Land gebracht – nach Tiznit, Beni Mellal oder noch weiter in den Süden – und dort ausgesetzt. Manche machen sich anschließend zu Fuß wieder auf den Weg zurück nach Oujda. Imane beschreibt das als eine ständige Bewegung

unter Zwang. »Jedes Mal ist es derselbe Blick: Müdigkeit, Angst – aber auch Würde«, sagt Imane.

Für Imane und ihre Kolleg:innen beginnt in solchen Fällen oft eine stundenlange Suche. Sie versuchen, Informationen zusammenzutragen: Wo wurden die Menschen zuletzt gesehen? Wohin könnten sie gebracht worden sein? Wer kann vor Ort nach ihnen suchen? Alarm Phone arbeitet dabei nicht isoliert. Die Hinweise werden weitergegeben, Kontakte aktiviert, andere Initiativen eingebunden – oft über verschiedene Orte hinweg. »Was in Oujda passiert, hängt mit dem zusammen, was in Ceuta, Lampedusa oder Paris geschieht«, sagt Imane. Auch lokale Gruppen in Oujda, Nador oder Tanger unterstützen, wo sie können: mit Essen, Kleidung oder einem Schlafplatz für eine Nacht. Vieles geschieht informell, mit wenig Ressourcen, aber großer Verbindlichkeit. »Die Solidarität hier ist kein Konzept«, sagt Imane. »Sie ist ein täglicher Kampf.«

*In solchen Momenten
»>> kann man nicht
neutral bleiben.«*

Imane beobachtet seit einiger Zeit eine deutliche Verschärfung. Die Kontrollen nehmen zu, ebenso die Festnahmen. Für sie ist klar, dass diese Entwicklung nicht isoliert zu betrachten ist. »Marokko steht unter Druck aus Europa«, sagt sie. »Immer mehr wird das Land zu einer Art Pufferzone.« Für die Betroffenen bedeutet das ein Leben im Stillstand. Sie sind über lange Zeiträume sich selbst überlassen – ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, ohne sicheren Aufenthaltsort, ohne Perspektive. Gewalt gehört dabei für viele zum Alltag: bei Kontrollen, an den Grenzen, bei Festnahmen. Rechte oder Schutz sind für viele faktisch nicht erreichbar.

Auch staatliche und internationale Organisationen sind vor Ort präsent. Doch für Imane hat deren Arbeit wenig mit der Realität zu tun, die sie täglich erlebt. Während von »legaler Migration«, »Integration« oder »Entwicklung« gesprochen wird, schlafen Menschen im Freien und

sind Gewalt ausgesetzt. Viele Programme bleiben auf dem Papier oder erreichen nur wenige. Manche dienen eher der Kontrolle als dem Schutz. »Der Abstand zwischen den politischen Diskursen und der Realität ist enorm«, sagt Imane.

Für Imane ist klar: Solidarität bedeutet mehr als akute Hilfe. Sie ist immer auch ein politischer Akt. Es geht darum, sichtbar zu machen, was sonst unsichtbar bleibt – Gewalt zu benennen, Dokumentation zu leisten und Widerspruch zu organisieren – und die Stimmen der Betroffenen selbst hörbar zu machen. »Wenn wir schweigen, wird die Gewalt zur Normalität«, sagt sie. Migrant:innen sind keine »Ströme« oder »Probleme«, sondern Menschen mit eigenen Entscheidungen, Perspektiven und Widerstandskraft. Viele dokumentieren ihre Erfahrungen, geben Informationen weiter und organisieren sich – und werden so zu Akteur:innen ihres eigenen Widerstands. »Wir unterstützen sie nicht, weil sie schwach sind«, sagt Imane. »Wir unterstützen sie, weil sie stark sind – und weil sie eine Ungerechtigkeit erfahren, die wir nicht akzeptieren.« ✕

WEGE DURCH DEN GRABEN ZWISCHEN MAROKKO UND ALGERIEN

Migrationsgeschichte aus Oujda

Dieses Interview wurde im Rahmen der Commemor'Action 2026 in Oujda geführt, organisiert von der Association Marocaine d'aide aux migrant.e.s en situation vulnérable (AMSV) [siehe Infobox]. Die Commemor'Action ist eine einmal jährlich in zahlreichen Ländern stattfindende Gedenkveranstaltung für vermisste und verstorbene Migrant:innen. Das Gespräch wurde in mehreren Sprachen geführt. Sofiane (»S«), Anfang 20, der uns von seiner Migrationserfahrung in Algerien erzählt, spricht Darija, die Fragen werden auf Französisch gestellt. Hassane El Ammari (»H«), Präsident von AMSV übersetzt, präzisiert und ordnet ein.

R Warum bist Du aus Marokko weggegangen? Wie ist diese Entscheidung entstanden?

S Ich habe eine Ausbildung als Friseur gemacht, aber nie in dem Beruf gearbeitet. Direkt nach meinem Diplom, das war 2022, bin ich weggegangen. Die Idee nach Algerien zu gehen, kam durch einen Freund. Ich wollte Geld verdienen, um meine Familie zu unterstützen und für die Überfahrt nach Europa sparen. Meine Entscheidung war klar: Ich bin ein Harraga².

² Harraga – arabisches Kunstwort: "die, die Grenzen verbrennen" - sind nordafrikanische Migrant:innen, die versuchen, irregulär nach Europa einzuwandern.

R Wie hast Du es geschafft, über die Grenze zu kommen? Bist Du allein gegangen oder mit anderen?

S Ich bin allein gegangen, nur mit einem Kompass. Es war schwierig.

H Der Graben zwischen Marokko und Algerien ist nicht überall gleich tief. In den Bergen kann man ihn leichter überqueren – dort gibt es sogar kleine Treppen, die Leute gebaut haben

S Es hat stark geregnet. Es war nass, rutschig und neblig. Ich musste sehr vorsichtig gehen. Nachdem ich den Graben überquert hatte, bin ich etwa vier Stunden zu Fuß gelaufen, bis ich ein kleines Dorf erreicht habe. Dort hat mich jemand abgeholt.

H Er war schon vorher in Kontakt mit dieser Person. Ohne solche Kontakte geht das nicht.

R Ist diese Grenze eigentlich überall so gesichert – oder hat sich das im Laufe der Zeit verändert?

H Die Grenze hat mehrere Phasen durchlaufen. 1994, nach den islamistischen Anschlägen in Marrakesch, wurde sie geschlossen. Damals hat Marokko die Grenze dichtgemacht und auf der algerischen Seite wurde der Graben gebaut. Nach 2020, nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wurde die Überwachung weiter verstärkt – mehr Kontrollen, mehr Technik. Und seit 2023 ist es noch strenger: Sogar der Luftraum ist betroffen. Flugzeuge aus Marokko dürfen nicht mehr über Algerien fliegen. Wenn Du zum Beispiel von Marokko nach Tunesien willst, geht das nur über Spanien und Italien.

R Verstehe ... Du bist trotzdem gegangen. Warum gerade bei Regen und Nebel?

S Weil die Kameras dann nichts sehen. Die Grenze ist zwar bewacht, aber nicht überall gleich stark. Es gibt Überwachungskameras und Radaranlagen, die Bewegungen bis zu zwei Kilometer Entfernung erkennen können.

H Wenn man weiter weg ist – drei Kilometer – oder wenn es neblig ist, wird man nicht erkannt. Viele Marokkaner:innen und Algerier:innen

machen das so. Manchmal allein, manchmal in Gruppen. Es kommt darauf an, sich außerhalb der Reichweite der Überwachungssysteme zu bewegen.

 *Es kommt darauf an, sich
außerhalb der Reichweite der
Überwachungssysteme zu bewegen.«*

R Vorhin hast Du mir erzählt, dass du in mehreren Städten in Algerien warst. Wie bist Du zu Arbeit und Unterkunft gekommen?

S Ich habe immer im Bau gearbeitet, vor allem Fliesenlegen, im Bereich Zellige³. Zur Arbeit bin ich über eine Abfolge von Kontakten gekommen: Ich habe jemanden bezahlt, dann hat mich jemand abgeholt und in ein kleines Dorf gebracht. Dann kam wieder ein anderer harraga, der uns nach Algier gebracht hat. Von dort ging es weiter nach Tizi Ouzou, dann Hamadi, zurück nach Algier, anschließend Blida und Oran. Die Arbeit war eng an diese Netzwerke gebunden – genauso wie die Unterkunft. Wir waren oft 17 oder 18 Leute, meist aus Marokko, oft sogar aus demselben Dorf. Wir haben gemeinsam gearbeitet und gewohnt, manchmal direkt auf der Baustelle, manchmal in gemieteten Häusern. Die Arbeit war sehr hart. Wir haben von 8 Uhr morgens bis 8 oder sogar 9 Uhr abends gearbeitet.

H Sofiane hatte genauso wie viele andere marokkanische Migrant:innen eigentlich keine Wahl. Die Arbeitgeber nutzen das aus. Viele haben keine Papiere. Wenn die Polizei Razzien macht, werden Leute festgenommen – und sofort ersetzt. Es gibt immer genug Leute, die bereit sind, unter diesen Bedingungen zu arbeiten.

S Für Aid al-Adha wollte ich zurück zu meiner Familie, nach Hause. An der Grenze wurde ich gestoppt. Ich erinnere mich genau an diesen

3 Das ist eine traditionelle nordafrikanische Handwerkskunst – kleine, hand-geschnittene und glasierte Keramikfliesen, die zu Mosaiken für Wände, Böden oder Fassaden zusammengesetzt werden.

Moment – es fielen Schüsse und ich wurde festgenommen. Ich wurde verurteilt, zuerst zu zwei Jahren, dann wurde die Haft auf ein Jahr reduziert. Am Ende habe ich acht Monate im Gefängnis verbracht.

H Er hatte Glück – ihm wurde ein Anwalt gestellt. Das ist je nach Region anders.

R Wie war der Alltag im Gefängnis?

S Die meisten Gefangenen waren Marokkaner. Es gab auch Algerier und Sudanesen. Die Migranten waren wegen illegalem Aufenthalt dort, die Algerier eher wegen anderer Sachen. Wir waren viele, 18, manchmal 24 Personen in einer Zelle. Dreistöckige Betten, Toilette und Dusche, im selben Raum. Alles sehr eng. Wir wurden um sechs geweckt. Wer etwas konnte, wurde eingeteilt: Kochen, Putzen und handwerkliche Arbeiten. Für die Arbeit gab es besseres Essen, aber kein Geld. Hofgänge gab es zweimal am Tag. Wenn es Konflikte gab, haben wir versucht, sie unter uns zu lösen. Wenn die Direktion davon erfährt, gibt es Strafen: Einzelhaft, Schläge. Man wird an den Füßen aufgehängt, Salz wird darauf gestreut. Das kann Stunden dauern. Ich selbst bin nie bestraft worden. Von der Gefängnisleitung haben wir nichts bekommen. Wer keine Kleidung dabei hatte, war auf andere angewiesen. Wenn zum Beispiel jemand entlassen wird, gibt der seine Kleidung weiter.

*Meine Entscheidung
war klar:
Ich bin ein Harraga.«*

R Konntest Du während der Haft Kontakt zu Deiner Familie halten? Wie war das mit der Verbindung nach außen?

S Das hat nicht funktioniert. Briefe waren möglich, aber man wusste ni, ob sie ankommen. Telefonieren ging nur mit Erlaubnis. Ich war in vielen Gefängnissen und habe es einmal geschafft, die Nummer meiner Familie freischalten zu lassen, aber irgendwie hat es mit der Verbindung nicht

geklappt. Meine Familie hat sich an AMSV gewandt. Sie haben meinen Aufenthaltsort gefunden und meine Mutter unterstützt. Am 11. November 2024 wurde ich freigelassen – durch eine präsidentielle Begnadigung. Insgesamt wurden 27 marokkanische Gefangene entlassen. Wir wurden zum marokkanischen Konsulat gebracht.

H Seine Akte war dort schon bekannt, wir hatten sie vorher geschickt.

S Ich musste keine Fingerabdrücke mehr abgeben. Ich war schon registriert, meine Papiere waren in Ordnung. Dann wurden wir von Algier nach Maghnia, nahe Saïdia an die Grenze gebracht. Dort wurden Fotos gemacht und Dokumente ausgestellt. So bin ich zurück nach Marokko gekommen – ich wurde abgeschoben.

R **Wie hast Du diese Zeit nach Deiner Rückkehr verarbeitet und woran denkst Du im Moment?**

S Die ersten Wochen danach waren schwer. Ich hatte Alpträume und konnte nicht schlafen. Nach ein, zwei Monaten ging es mir besser. Ich bin mit AMSV in Kontakt geblieben. Es hat mich beeindruckt, dass sie sich für meine Mutter interessiert und sie unterstützt haben. Für sie war das wirklich eine große Hilfe. Momentan arbeite ich für ein Fitnessstudio. Aber der Gedanke an Europa lässt mich nicht los. ✕

Der Marokkanische Verein zur Unterstützung von Migrant:innen in prekären Lebenssituationen (AMSV) arbeitet an sehr vielen Fällen, oft über Jahre hinweg, und begleitet aktuell mehr als 100 Personen, die sich in Haft oder in Rückführungsverfahren nach Algerien befinden. Außerdem unterstützt AMSV Familien bei der Suche nach Verschwundenen. Mit Bezug auf Algerien fordert die Menschenrechtsorganisation in offenen Briefen wiederholt eine Amnestie und die Rückführung marokkanischer Gefangener. Während 2024 von mehreren hundert Betroffenen die Rede war, nennen aktuelle Angaben für 2026 über 1.700 Inhaftierte. ✕

Das zahlreich erschienene
Publikum verfolgte die
Podiumsdebatten zu
Fragen der
Kriminalisierung,
Selbstorganisation und
Unterstützung von
Migrant:innen
interessiert und
konzentriert.

Ohne die aktive Mithilfe
der Frauen aus Baobab-
Wohnungen wäre die
Konferenz undenkbar
gewesen.





Wortbeiträge aus dem Publikum gab es auch von Aktivistinnen aus Mali, die dort Migrant:innen und Angehörige unterstützen.

Gekocht wurde für rund 300 Konferenzteilnehmer:innen von den Rasthaus-Bewohnerinnen.

Stimmen von der Rabat-Konferenz

»Auf der Konferenz habe ich viel gesehen. Und auch die verschiedensten Leute gehört, die ihre Länder verlassen haben, um hierher zu kommen und zu erzählen, wie es in ihren Ländern läuft. Es sind Menschen aus Guinea, Mali, der Elfenbeinküste und ja – auch aus Marokko! Sich mit allen auszutauschen, hat mir eine neue Perspektive gegeben. Und ich freue mich sehr, darüber! Wir haben alle die gleiche Vision, die Vision, dass sich die Dinge ändern«. **Madeleine G aus der Elfenbeinküste, lebt und arbeitet in Rabat.**

»Sie machen keinen Unterschied in dem Sinne, dass sie sagen: »Das da sind die Afrikaner:innen und wir sind was Besseres«. Sie sehen sich alle als Teil des großen afrikanischen Ganzen. Und genau das ist besonders interessant, denn sogar die Wahl des Liedes »We love Africa« ging auf einen Vorschlag marokkanischer Kinder zurück. Auch in den Bildern haben sie sehr, sehr starke Botschaften vermittelt – über Freiheit, über den Weltfrieden, über das Zusammenleben. Denn bei ARCOM arbeiten wir mit den Jugendlichen viel an menschlichen Werten. Auch das Stück über soziale Ungerechtigkeit haben die Kinder selbst entwickelt.« **Jean Masemi Landu, Lehrer, über die Darbietungen der Kinder der ARCOM-Schule auf der Konferenz.**



»Viele Mütter haben ihre Babys mitgebracht. Wenn die Babys weinten und die Mütter sie gestillt haben, haben wir eine Pause gemacht. Und dann haben wir wieder weiter geprobt. Ich verstehe das, denn ich war auch Migrantin wie sie. Das ist nicht einfach. Am schönsten ist es zu sehen, dass die Frauen wirklich motiviert sind.«

Kanny Keita über die Herausforderungen bei den Theaterproben mit den Frauen des Rasthaus.



»Ich danke den Menschen, die hierher gekommen sind, um uns zuzuhören. Denn ich habe das Gefühl, dass wir uns jetzt mehr als Menschen fühlen als zuvor. Denn wenn jemand Sie fragt, wie Sie sich fühlen, womit Sie konfrontiert sind, womit Sie zu kämpfen haben, dann tut das gut. Auch wenn man nicht sofort eine Lösung findet.

Mohammed Qasim, ist aus dem Sudan geflüchtet und lebt unter prekären Bedingungen in Marokko.



Ich wünsche mir, dass diese Konferenzen so lange fortgesetzt werden, bis die Verantwortlichen erreicht werden.

Denn die Leute, die in den Organisationen oder in der UN arbeiten, kennen unsere Probleme nicht. Sie hören uns nicht zu, sie sagen uns nur: »Okay, wenn ihr ein Problem habt, schreibt es auf und legt es in die Box«. Doch die Box ist voll. Es ist kein Platz mehr. Niemand nimmt die Zettel heraus und liest sie. Sie werden einfach dort liegen gelassen.« **Mahmoud H. (rechts), geflüchtet aus Darfur/Sudan, wartet seit zwei Jahren auf einen Anhörungstermin beim UNHCR.**



»Es gab einige Migrant:innen, die auf ihre Probleme aufmerksam machen wollten. Doch Sicherheitskräfte sind gekommen und haben sie gestoppt. Sie haben die Migrant:innen festgenommen und wegtransportiert. Es wurde nicht versucht, ihre Probleme ernst zu nehmen und eine Lösung für sie zu finden. Stattdessen haben die Sicherheitskräfte die Migrant:innen nach zwei oder drei Tagen an einen weit entfernten Ort gebracht und dort zurückgelassen. Das löst das Problem aber nicht.«

Ebenfalls Mahmoud H. bei einer Diskussion zur Frage, was er von politischer Organisation hält

MIGRATIONSPOLITIK NACH DEM »ARABISCHEN FRÜHLING«

Abbau von Menschenrechten und Repression gegen Migrant:innen und oppositionelle Tunesier:innen

Als im Januar 2011 in Tunesien der langjährige Diktator Ben Ali gestürzt wurde und Tunesien den Auftakt zum sogenannten »Arabischen Frühling« gab, wurde eine neue demokratische Verfassung verabschiedet. Zudem wurden gleiche Rechte für Frauen festgeschrieben (noch weitgehend als in der Verfassung von 1956/1959), Wahlen durchgeführt und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen gegründet, die sich politisch äußern, Demonstrationen organisieren und auch kontroverse kulturelle Aktivitäten initiieren konnten.

2013 und 2015 fand sodann das Weltsozialforum in Tunis statt. In dessen Rahmen wurde auch scharfe Kritik an der Migrationspolitik der tunesischen Regierung formuliert, vor allem von Geflüchteten aus dem Camp Choucha, einem riesigen Lager an der libyschen Grenze. Nach Beginn des (Bürger-)Kriegs in Libyen waren dorthin Tausende Menschen geflohen, zum einen Libyer:innen, aber auch viele Menschen aus verschiedenen asiatischen und afrikanischen Ländern, die in Libyen gearbeitet oder studiert hatten. Aus der tunesischen Zivilgesellschaft gab es anfangs solidarische Unterstützung für diese Geflüchteten, aber insbesondere gegenüber Schwarzen Menschen aus Subsahara-Afrika schon damals

auch weit verbreitete Vorbehalte. Eine Diskussion über anti-schwarzen Rassismus, der in vielen arabischen Ländern eine lange Geschichte hat, begann in Tunesien nach 2011 erst in kleinen Kreisen. Dabei leben insbesondere im Süden Tunesiens schon seit Jahrhunderten viele Schwarze Menschen mit tunesischer Staatsangehörigkeit – ein Erbe des transsaharischen Versklavungshandels. Ihre Diskriminierung ist auch Folge der Dominanz Weißer Menschen während des europäischen Kolonialismus.

Autoritäre Wende und Rückbau der Demokratie in Tunesien

Der demokratische Aufbruch in Tunesien wurde in den letzten Jahren schrittweise rückgängig gemacht. Seit 2019 der Rechtsprofessor Kais Saied mit einer populistischen Kampagne gegen Parteienstreit und Korruption die Präsidentschaftswahl gewann, wurden nach und nach die Gewaltenteilung aufgehoben, eine neue Verfassung eingeführt (die dem Präsidenten fast uneingeschränkte Macht gibt) und die Pressefreiheit durch Dekrete gegen »Falschmeldungen und Gerüchte« weitgehend aufgehoben. Verhaftungen von Journalist:innen, Blogger:innen, Anwält:innen und anderen regierungskritischen Menschen wegen angeblicher »Verschwörung« und »Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung« erfolgten immer öfter. Ohne echte Gegenkandidat:innen (die waren in Haft oder hatten Tunesien verlassen) und bei einer Wahlbeteiligung von nur 28,8% gewann Kais Saied 2024 die Präsidentschaftswahl erneut.

Im Februar 2023 hat Präsident Kais Saied mit einer Rede, in der er die in den letzten Jahren nach Tunesien eingewanderten Menschen aus Subsahara-Afrika für einen geplanten »Bevölkerungsaustausch« verantwortlich machte und ihnen einen »Angriff auf die arabische Identität Nordafrikas« unterstellte, eine Hetzkampagne gegen alle Schwarzen Menschen in Tunesien eingeleitet. Tunesier:innen, die ihnen eine Wohnung vermieten oder Arbeit vermitteln, konnten nunmehr bestraft werden. So landeten insbesondere Schwarze Menschen auf der Straße – neben Eingewanderten, die sich als Tagelöhner:innen oder in Haushalten reicher Tunesier:innen etwas Geld verdient hatten, auch Studierende

aus Afrika und zum Teil auch Schwarze Tunesier:innen. Doch dort sind sie seitdem durch ständige Razzien und Kontrollen bedroht. In den tunesischen Großstädten sind Menschen schwarzer Hautfarbe kaum mehr zu sehen. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, ist ihnen verboten.

Tunesien als Immigrations-, Emigrations- und Transitstaat gegenüber Europas Küsten

Migration war in Tunesien seit Jahrzehnten ein großes Thema, aber sie wurde auch für Tunesier:innen durch die EU immer mehr erschwert. Seit 1990 wurde durch eine Vereinbarung der Schengen-Staaten die visafreie Einreise für viele Drittstaaten aufgehoben und ein Visum zu bekommen, ist insbesondere für junge, arbeitslose Tunesier:innen so gut wie unmöglich. 2011, als durch den Umsturz Polizei und Küstenwache zum Teil nicht mehr arbeiteten, stiegen Tausende vor allem junge Tunesier:innen in Boote und erreichten Italien. Dies führte in den folgenden Jahren zu verstärktem Druck der EU auf die neue tunesische Regierung, solche Abfahrten und auch die zunehmenden Überfahrten von Menschen anderer Nationalitäten aus Tunesien zu verhindern. Entsprechend wurden auch finanzielle Hilfen mit migrationspolitischen Auflagen verbunden. Am 15. Juli 2023 unterzeichneten Ursula von der Leyen, Giorgia Meloni und Mark Rutte in Tunis für die EU ein Abkommen, mit dem die strategische Partnerschaft mit Tunesiens Präsident Kais Saied begann. Die tunesische Nationalgarde erhielt Drohnen und Fahrzeuge aus der EU, Berlin spendierte der Küstenwache eine Ausbildungsakademie, Italien neue Patrouillenboote. Den Abbau der demokratischen Rechte in Tunesien hat die EU nicht öffentlich kritisiert.

Ein Asylgesetz hat Tunesien bisher nicht. Asylanträge sind nur beim UNHCR und nur für Geflüchtete aus bestimmten Ländern möglich und die Registrierung hilft nicht bei Kontrollen und Festnahmen. Im September 2025 waren 7.812 Personen als Asylsuchende registriert. Es ist unklar, ob bzw. wie viele Anträge überhaupt noch möglich waren, da die Repression und Mittelkürzungen auch den UNHCR betreffen. In den fünf vom

UNHCR geführten Unterkünften in Tunesien lebten im November 2025 nur 327 Geflüchtete.⁴

Rassistische Hetzjagd gegen Geflüchtete und Migrant:innen

Geflüchtete aus verschiedenen afrikanischen Ländern südlich der Sahara versuchen, an der Küste im Norden von Sfax in selbstorganisierten Camps in Zelten aus Plastikplanen zu überleben. Sie haben mehrfach versucht, gemeinsam gegen die brutalen Razzien und Festnahmen zu protestieren. Zudem forderten sie Zugang zu gesundheitlicher Versorgung (die es sonst nur von einem geflüchteten Arzt aus Sierra Leone im Camp gibt), zu Wasser und Nahrung und zum Recht, sich in Tunesien aufzuhalten und zu arbeiten.

Die Camps werden inzwischen mit Drohnen überwacht, die aus der EU geliefert wurden. Fast täglich gibt es dort Razzien, die Zelte werden zerstört und Menschen festgenommen und in vielen Fällen in die Wüste an der algerischen Grenze abgeschoben oder an libysche Milizen verkauft, die sie inhaftieren und foltern, um Geld zu erpressen.⁵ Abschiebungen erfolgen auch im öffentlichen Raum: Migrant:innen werden auf dem Weg zur Arbeit festgenommen, gefesselt, ohne Wasser und Nahrung in Busse gesteckt und in Wüstenzonen ausgesetzt. Migrant:innen berichten, geschlagen, misshandelt oder gar angeschossen worden zu sein. Auch schwangere Frauen und Kinder bleiben nicht verschont. Wir erfuhren immer wieder von solchen Abschiebungen in Grenzregionen, oft nach »interceptions« von Booten durch die tunesische Küstenwache (Aufgreifen und Zurückbringen). Nur in wenigen Fällen gelang es, über Kontakte zu Anwält:innen und Journalist:innen zu verhindern, dass die Menschen wegen Wasser- und Nahrungsmangel ums Leben kamen. Denn meist wurden den Menschen Handys und Geld abgenommen, so dass sie niemanden mehr kontaktieren konnten. Laut eines Berichts von Amnesty International im November 2025 (Link: siehe unten) wurden seit Juni 2023 mindestens 70 Kollektiv-Abschiebungen (die mehr als 11.500 Men-

⁴ <https://www.unhcr.org/media/unhcr-tunisia-operational-update-november-2025>

⁵ <https://statetrafficking.net/>

schen umfassten) in Wüstenregionen an den Grenzen durchgeführt. Viele der Abgeschobenen landeten im nigrischen Grenzort Assamaka, erlebten also Kettenabschiebungen von Tunesien über Algerien nach Niger.

Ende 2025 hat die tunesische Regierung auch mehr Abschiebungen in Herkunftsländer durchgeführt, meist in Kooperation mit der IOM (International Organisation of Migration) – deklariert als »voluntary return« (»freiwillige Rückkehr«). Geflüchtete berichteten, dass die IOM oft gemeinsam mit Polizei und Militär zu den Camps in den Olivenhainen kommt und die Menschen dort vor die Alternative stellt, entweder festgenommen und in die Wüste deportiert zu werden oder eine »freiwillige Heimreise« zu akzeptieren. Im Dezember 2025 gab es wöchentliche Abschiebeflüge, sodass im gesamten Jahr 2025 fast 10.000 Personen vor allem in westafrikanische Länder (Elfenbeinküste, Guinea-Conakry, Burkina Faso, Mali, Kamerun u.a.) zurückgeführt wurden.

Verhinderung von Bootsabfahrten und Tote auf See

Die tunesische Küstenwache schafft es inzwischen, so gut wie alle Abfahrten von Booten mit Flüchtenden zu verhindern – Drohnen und Schnellboote dafür hat sie aus der EU reichlich bekommen. Trotzdem versuchen weiterhin Menschen wegen der unerträglichen Lage in Tunesien die Überfahrt nach Italien. Bisher wurden dafür vor allem schnell zusammengeschweißte Metallboote benutzt, die meist völlig seeuntüchtig sind. In letzter Zeit gab es offenbar in diesen Werkstätten Razzien und neuerdings fahren Menschen auch in aufblasbaren und damit leichter zu versteckenden Schlauchbooten los, die allerdings für eine Fahrt nach Lampedusa ebenfalls nicht geeignet sind. Allein deshalb, aber auch wegen gewaltsamer Interventionen der tunesischen Küstenwache erleiden viele der Boote Schiffbruch und es kommt oft zu Toten. Nur wenige Boote können von zivilen Rettungsschiffen gefunden und nach Lampedusa gebracht werden, aber da Boote aus Tunesien keine Satellitentelefone haben dürfen, ist die Suche nach ihnen schwierig.

Transnationale Solidarität notwendig

Das Watch the Med Alarm Phone und viele Seenotrettungs- und Menschenrechtsorganisationen protestieren seit vielen Jahren gegen diese tödliche Migrationspolitik, die zunehmende Kriminalisierung nicht nur der Flüchtenden, sondern auch ihrer Unterstützer:innen. Auch in Tunesien gibt es Widerstand, der allerdings mit harter Repression konfrontiert ist. Organisationen, die Migrant:innen und Geflüchtete unterstützen, sind inzwischen alle mit Verhaftungen, Durchsuchungen ihrer Büros und Verbot jeglicher Kontakte zu den Orten, an denen Geflüchtete sich aufhalten, konfrontiert. Geldüberweisungen aus dem Ausland werden ebenfalls kriminalisiert. Mit Begründungen wie »Kontrolle ihrer Finanzierung« haben die tunesischen Behörden Ende Oktober 2025 sogar das angesehene und bisher vom Staat geduldete »Tunesische Forum für ökonomische und soziale Rechte« (FTDES) suspendiert und erst nach internationalen Protesten konnte es einen Monat später seine Arbeit wieder aufnehmen. Dieses Exempel zeigt, dass transnationale Solidarität und Vernetzung notwendig und zumindest kleine Erfolge ermöglichen können. Dies wurde auch auf der Konferenz in Rabat 2025 deutlich. Auch die von Afrique-Europe-Interact spendenfinanzierte Rasthauswohnung in Tunis zur Unterstützung subsaharischer Migrantinnen und ihrer Familien ist ein Ergebnis transnationaler Solidarität. ✖

Weitere Informationen

➡ **Amnesty International:** <https://tinyurl.com/amnestytexttunesien>

➡ **arte Doku:** <https://tinyurl.com/artedokutunesien>

➡ **Text in der taz:** taz.de/!6150234

➡ **»Echoes« Mai 2025:** <https://tinyurl.com/echoestunesien1>

➡ **»Echoes« März 2024** <https://tinyurl.com/echoestunesien2>

EXTERNALISIERUNG BIS IN DIE WÜSTE

Die besondere Situation von Frauen auf der Flucht durch die Sahara

Das Rasthaus Baobab in der marokkanischen Hauptstadt Rabat und das Alarme Phone Sahara (APS) im Norden von Niger stehen exemplarisch für zwei Formen solidarischer Infrastruktur: Beide befinden sich an verschiedenen Punkten auf den vielfältigen Migrationsrouten zwischen Subsahara-Afrika und Maghreb, beide stellen eine Antwort auf die Vorverlagerung des EU-Grenzregimes bis weit auf den afrikanischen Kontinent dar. Während sich das Rasthaus für gestrandete Migrantinnen und ihre Kinder einsetzt, engagiert sich das Alarme Phone Sahara nicht nur in Agadez, dem »Tor zur Wüste«, sondern auch an weiteren Orten in der Sahara – insbesondere in Assamaka 15 Kilometer von der algerisch-nigrischen Grenze entfernt, wohin jedes Jahr Zehntausende Migrant:innen abgeschoben werden. Für uns als Afrique-Europe-Interact sind beide Projekte durch die Vision verbunden, dass Menschen das Recht haben, sich auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen frei zu bewegen und dass es daher unverzichtbar ist, Migrant:innen bei der Verwirklichung dieses Rechts solidarisch zu unterstützen.

Zur Entstehung und Arbeitsweise des Alarme Phone Sahara

Das Alarme Phone Sahara begleitet Migrant:innen, die die Sahara durchqueren oder aus dem Maghreb abgeschoben werden. Es wurde 2017 gemeinsam von Aktivist:innen aus Niger, Mali, Togo, Burkina Faso, Marokko,

Deutschland und Österreich gegründet. Ausgangspunkt war der Aufbau einer Rettungsinfrastruktur für Menschen, die in der Wüste in lebensbedrohliche Situationen geraten – vor allem durch eine Telefon-Hotline nach dem Vorbild des Watch the Med Alarmphone, das seit 2014 Menschen in Seenot begleitet. Darüber hinaus informiert das Alarme Phone Sahara Migrant:innen über Bedingungen und Gefahren auf den Sahel-Sahara-Routen, um das Risiko während der Wüstendurchquerung zu reduzieren. Schließlich dokumentiert das Alarme Phone Sahara Menschenrechtsverletzungen im Bereich Migration in der lokalen, regionalen und internationalen Öffentlichkeit – beispielsweise die Massenabschiebungen aus Algerien nach Niger. Und aus all dem wiederum hat sich das bis heute gültige Motto des Alarme Phone Sahara ergeben: Sensibilisieren, Dokumentieren, Retten.

Auslagerung des tödlichen EU-Grenzregimes bis in die Sahara

Auf den Flucht- und Migrationsrouten durch die Sahara kommen jedes Jahr Hunderte, womöglich Tausende ums Leben. Besonders riskant wurde die Wüstendurchquerung 2015, als im Zuge eines von der EU aufgezwungenen Antimigrationsgesetzes Dienstleistungen jeder Art für Migrant:innen kriminalisiert wurden – nicht zuletzt der Transport durch die Wüste, der in Niger jahrzehntelang eine ganz normale, teils sogar staatlich organisierte Dienstleistung gewesen ist. Entsprechend begannen die Chauffeure aus Angst vor Kontrollen und Verhaftungen, immer abgelegenere und somit gefährlichere Routen zu nehmen. Das Gesetz wurde – unter anderem durch zivilgesellschaftlichen Druck durch Alarme Phone Sahara und andere Akteur:innen – nach dem Putsch 2023 wieder abgeschafft. Grund für die Abschaffung war auch, dass es als illegitime postkoloniale Einflussnahme Europas galt – entsprechend haben viele Menschen in Niger den Schritt als großen Erfolg begrüßt. Allerdings hat sich mit der weiteren Verschärfung der EU-Migrationspolitik die Lage für Reisende aus Subsahara-Afrika einmal mehr zugespitzt. Ein wichtiges Standbein stellt daher mittlerweile die Unterstützung von Abgeschobenen aus Tunesien, Algerien und Libyen dar – die meisten von ihnen aus

westafrikanischen Ländern. Darüber hinaus gehört auch die Begleitung von Frauen und Kindern zu den zentralen Aufgaben des Alarme Phone Sahara. Dabei berichten insbesondere (junge) Frauen von geschlechtsspezifischer Gewalt – sowohl auf den Migrationsrouten als auch bei gewaltsamen Abschiebungen.

Gewalt auf den Routen Richtung Nordafrika: Erfahrungen von Frauen

Schon auf den Routen Richtung Norden sind Frauen sexualisierter Gewalt ausgesetzt. So schilderte Nanah Sesay aus Sierra Leone: »In Mali fuhren wir nach Timbuktu. Dort luden sie uns auf große Lastwagen und brachten uns durch die Wüste, wo sie uns aber zurückließen. Die Fahrer – die in Wirklichkeit Mafiosi waren – trennten die Männer von den Frauen. Sie zogen uns nackt aus und durchsuchten uns nach Geld, Handys oder anderen Wertsachen». Jenneh Kargbo, ebenfalls aus Sierra Leone, erzählte von der Gewalt und dem Tod ihres Mannes: »Auf unserer Reise wurden wir von Banditen angegriffen, die versuchten, uns zu vergewaltigen. Mein Mann stellte sich schützend vor mich und griff ein, damit sie mich nicht mitnehmen konnten. Er wurde dabei erschossen». Aminata Samuel, ehemals aktiv beim Alarme Phone Sahara, wurde in Libyen selbst als Zwangsprostituierte ausgebeutet: »Meine Schwester und ich wurden, als wir in Libyen ankamen, an einen Ort gebracht, der als Verbindungshaus bezeichnet wird. Dort werden Frauen gefangen gehalten und müssen ihre Körper verkaufen«.

Als Antwort hierauf hat das Alarme Phone Sahara im Jahr 2023 einen Schutzraum geschaffen, der sich speziell an Frauen richtet: Neben der ohnehin wöchentlich stattfindenden Essensausgabe (»Küche für alle«) gibt es nun auch einen zusätzlichen zweiwöchentlichen Termin nur für Frauen – mit der Möglichkeit, Kleidung zu waschen, Kontakt zu Familienmitgliedern herzustellen und psychologische sowie medizinische Behandlungsangebote in Anspruch zu nehmen. Dabei werden abwechselnd internationale Migrantinnen und nigrische Binnenvertriebene eingeladen. Der Termin soll auch dem Gefühl von Einsamkeit entgegenwirken, das insbesondere nach dem Verlust von Angehörigen und Freund:innen

entstehen kann, mitunter auch durch die Kriminalisierung als Migranten. Doch leider sehen sich viele Frauen immer wieder nicht in der Lage, die Einladung anzunehmen – einfach, weil sie währenddessen nicht ihrer überlebenswichtigen, meist informellen Arbeit nachgehen können. Leider kann das Alarme Phone Sahara diesen Teufelskreis nicht durchbrechen, denn auch er ist ein Resultat des brutalen Grenzregimes.

Ankunftsort Assamaka an der algerisch-nigrischen Grenze sowie (Ketten-)Abschiebungen in die Wüste

Dass die Europäische Union Abkommen insbesondere mit nordafrikanischen Staaten abschließt, um Migration nach Europa zu verhindern, ist ein altbekanntes Muster. Fatal ist vor allem, dass sich das schon lange negativ auf die Mobilität insgesamt auswirkt: Die Kriminalisierung von Migration sorgt dafür, dass klassische Reisedienstleister durch mafiöse Netzwerke verdrängt werden, außerdem führen Massenabschiebungen zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen. Und diese Zustände verschlechtern sich durch weitere Verschärfungen der EU-Migrationspolitik zunehmend. So werden zahlreiche Migrant:innen Opfer von Kettenabschiebungen: Beispielsweise aus der tunesischen Stadt Sfax über Gafsa nach Tebessa (Algerien), und dann von Algerien nach Assamaka im Norden von Niger oder vom südtunesischen Zarzis nach Al-Qatrun (Libyen) bis nach Siguidine (Niger). Das Team des Alarme Phone Sahara beobachtet insbesondere in Assamaka Jahr für Jahr steigende Abschiebezahlen. Die Menschen werden in überfüllten und veralteten LKWs mitten in die Wüste abgeschoben, 15 Kilometer von Assamaka entfernt – dem ersten Ort hinter der Grenze. Allein 2025 waren es mehr als 34.000 Menschen – 2024 wurden 31.404 registriert, ein Jahr zuvor 26.031.⁶ Viele kommen krank, verletzt oder mit psychischen Traumatisierungen an. Mehrere Fälle sind dokumentiert, bei denen Menschen auf dem Weg durch Erschöpfung, Hitze oder Verletzungen verstorben sind – oft im Beisein ihrer Mitreisenden.⁷ So berichtete Rose, die aus der

⁶ <https://tinyurl.com/aspassakama>

⁷ <https://tinyurl.com/asptestimonies>

Elfenbeinküste stammt: »Sie brachten mich [in Algerien] in ein Haus. Drei Personen. Sie zogen uns alle Kleider aus, einer von ihnen trug Handschuhe und steckte seine Hand in meine Vagina und dann in meinen Po [um nach Wertgegenständen zu suchen]. Das war für mich mindestens ebenso schlimm wie eine Vergewaltigung«. Nach solchen traumatischen Erfahrungen kämpfen viele Migrant:innen in Assamaka ums nackte Überleben – häufig unter äußerst prekären Bedingungen, sodass ihnen oft keine andere Perspektive bleibt, als in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Ein guineischer Migrant beschrieb das 2023 folgendermaßen: »Bitte tun Sie etwas für uns! Wenn ihr nicht die Augen aufmacht und seht, was in der Wüste passiert, werden wir hier alle sterben«.

Rückkehr in die nigrische Kaouar-Wüste nach Erpressung und Folter in Libyen

Auch in Libyen sind extreme Menschenrechtsverletzungen zu beklagen. Es hat sich ein perfides Lösegeld- und Foltersystem etabliert, nach Schätzungen sollen sich zwischen 10.000 und 20.000 Menschen in Folter- bzw. Haftlagern befinden.⁸ Auch dort erleiden Frauen sexualisierte Gewalt – im Austausch gegen Essen, sauberes Wasser oder ihre Freilassung. Wir möchten nochmal Amina Samuel zitieren, früheres Mitglied des Alarme Phone Sahara: »Die Frauen – unter ihnen auch 15-jährige Mädchen –, sind dieser Gewaltsituation so lange ausgesetzt, bis es heißt, dass sie sich das Geld für ihre Flucht nach Europa durch sexuelle Dienstleistungen verdient hätten. Sie berichten von Schikanen und Gewalt, Schlägen und Essensverweigerung. Frauen werden wie Waren behandelt, verkauft und ausgebeutet«. Besonders dramatisch war der Fall einer jungen nigerianischen Frau namens Blessing, die zehn Jahre in Libyen in dem höllischen System gefangen war. Nach langem Warten bot sich ihr die Gelegenheit, nach Niger zu fliehen – in der Hoffnung, von dort aus nach Nigeria zurückkehren zu können. Doch sie musste in Agadez Halt machen, um durch Sexarbeit ihre Rückreisekosten anzusparen. Ihre Einnahmen waren aber derart gering, dass sie selbst fünf Jahre später ihr Ziel noch nicht erreicht hatte. Am Ende starb Blessing durch innere

⁸ <https://tinyurl.com/defenderlibya>

Verletzungen, nachdem sie in ihrem mit mehreren Migrantinnen bewohnten Haus vergewaltigt und misshandelt worden war, dann aber wegen fehlenden Geldes keine Notfallbehandlung erhalten hat. Und ja, Blessings Fall steht exemplarisch für eine immer höhere Anzahl junger Frauen in der Sexarbeit in Agadez – alle aufgrund existenzieller Not.

Transnationale Solidarität gegen Grenzgewalt, Rechtsruck und patriarchale Strukturen

Jenseits konkreter Einzelfälle zeigt die Arbeit des Alarme Phone Sahara auch, dass Grenzgewalt und repressive Migrationspolitik Ausdruck eines globalen Rechtsrucks sind, der längst nicht auf Europa beschränkt ist. Im afrikanischen Kontext machen sich diese Politiken unter postkolonialen Vorzeichen massiv bemerkbar, unter anderem, wenn es um die Bewegungsfreiheit innerhalb des afrikanischen Kontinents geht. Sichtbar wird das insbesondere durch die extreme Gewalt, der subsaharische Frauen und Mädchen auf den Routen zwischen Sahel, Sahara und Nordafrika ausgesetzt sind. Gleichzeitig bilden sich solidarische Praktiken heraus: Frauen unterstützen sich gegenseitig, teilen Ressourcen und begleiten sich bei Verlusten. Solche Verbindungen versucht das Alarme Phone Sahara gezielt zu stärken – etwa in Gestalt der kollektiven Küche in Agadez. Denn so setzen wir den brutalen Verhältnissen unsere transnationale Solidarität entgegen – auch im Sinne eines transnationalen Widerstands afrikanischer und europäischer Aktivist:innen – ob in Agadez oder Rabat. Wir sehen dieses Herangehen als Teil einer notwendigen grenz- und kontinentübergreifenden Organisation, um unserer Vision ein Stück näher zu kommen: der Überwindung weltweiter Machtstrukturen, die eng mit patriarchalen, kapitalistischen und kolonialen Verhältnissen verschränkt sind – und für ein würdiges Leben für alle! ✕

Solidarische Infrastruktur auf den Routen: Das Alarme Phone Sahara begleitet Migrant:innen, die die Sahara durchqueren oder aus dem Maghreb abgeschoben werden. Es wurde 2017 gemeinsam von Aktivist:innen aus Niger, Mali, Togo, Burkina Faso, Marokko, Deutschland und Österreich gegründet. Ausgangspunkt war der Aufbau einer Rettungsinfrastruktur für Menschen, die in der Wüste in lebensbedrohliche Situationen geraten. Seit 2023 betreibt das Alarme Phone Sahara einen speziellen Schutzraum für Frauen und medizinische und psychologische Behandlungsangebote. ✕

DIE VERMISSTEN BLEIBEN TEIL UNSERES LEBENS

Familien kämpfen gegen das Vergessen und für Aufklärung und Gerechtigkeit

Familienangehörige der vermissten Migrant:innen aus dem Senegal, Marokko, Tunesien, Mali und Kamerun nahmen an der Konferenz teil. Seit 2019 haben sich viele von ihnen im Netzwerk »CommémorAction« organisiert. Ziel ist es, derer zu gedenken (gemeinsam mit den Familien), die auf ihrer Suche nach Freizügigkeit ums Leben gekommen oder verschwunden sind, und dabei auch Gerechtigkeit einzufordern. Die »CommémorActions« sind mit anderen Worten Gedenkaktionen. Sie finden jedes Jahr am 6. Februar in verschiedenen Ländern und Städten in Afrika, Europa und in Westasien statt. Warum am 6. Februar?

Weitere Informationen

- ➔ <https://commemoraction.net>
- ➔ <https://missingattheborders.org/fr/testimonials>
- ➔ <https://civilmrcc.eu/map/commemorations-2025>
- ➔ <https://tinyurl.com/echoesfeb6>

Am 6. Februar 2014 versuchten mehr als 200 Menschen, die von der marokkanischen Küste aus aufgebrochen waren, schwimmend den Strand von Tarajal in der spanischen Kolonialenklave Ceuta zu erreichen. Um sie daran zu hindern, »spanischen Boden« zu erreichen, setzte die Guardia Civil 145 Gummigeschosse und weiteres Einsatzmaterial gegen Ausschreitungen ein, während das anwesende marokkanische Militär die Menschen vor ihren Augen ertrinken ließ. Fünfzehn Leichen wurden auf spanischer Seite geborgen, Dutzende weitere gelten als vermisst, die Überlebenden wurden zurückgeschickt, einige kamen auf marokkanischer Seite ums Leben. Feric Charden Datchoua, der an der Baobab-Konferenz teilnahm, verlor seinen Bruder bei dem Massaker von Tarajal. Zusammen mit anderen Familienmitgliedern gründete er einen Verein in Douala, Kamerun, woher viele der Opfer stammten. Viele Familien fühlen sich dafür mitverantwortlich, dass ihre Kinder oder Familienangehörigen auf den Migrationsrouten ums Leben gekommen sind oder verschwunden sind. Gemeinsames Erinnern hilft.

»Aufgrund seiner geografischen Lage ist Kamerun, ein Grenzland zwischen Zentralafrika und Westafrika, eine Drehscheibe für Migrant:innen aus der Region. Kamerun ist zudem ein Herkunftsland für seine jungen Menschen, von denen die meisten aufgrund prekärer Lebensumstände auswandern. Obwohl die Zahlen noch immer ungenau sind und manchmal unterschätzt werden, durchqueren daher jedes Jahr Tausende von Migrant:innen das kamerunische Staatsgebiet – entweder auf der Durchreise oder auf dem Weg nach Europa. Lange Zeit haben insbesondere die kamerunischen und afrikanischen Behörden die Augen vor den Tragödien verschlossen, in die Migrant:innen verwickelt sind, da diese sich fernab der Landesgrenzen im Mittelmeer oder mitten in der Wüste ereignen. Das Schlüsselereignis, das die Situation in Kamerun durch seine umfangreiche Medienberichterstattung ins Rampenlicht rückte und die nationale sowie internationale Öffentlichkeit erschütterte, war aber die Tragödie vom 6. Februar 2014 vor der Küste von Tarajal.

Diese Tragödie war umso schockierender, als Überlebende aussagten, dass die spanische Guardia Civil Gummigeschosse und Tränengas gegen die schwimmenden Migrant:innen eingesetzt habe. Diese Tragödie stürzte zahlreiche kamerunische Familien in Trauer, die daraufhin einen Rechtsverein gründeten, um Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für den Tod ihrer Kinder zu fordern. Seitdem stürzen die Grenzen weiterhin Familien in Trauer und bleiben eine der größten Geißeln, die die afrikanische Jugend dezimieren. Die Familien der Opfer sind in ihrem täglichen Streben nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung vereint, und sie demonstrieren unermüdlich, um Antworten auf ihre Forderungen zu erhalten – und werden dies auch weiterhin tun.» ✕

***Feric Charden Datchoua, Interview aus Echoes #18, August 2025
– »Transnationalisons nos luttes!«***



Das Gedenken an und die Trauer um die vielen getöteten Angehörigen im Krieg im Sudan war Teil des Kulturprogramms der Konferenz.



Auf einer Fotowand wurde an Menschen erinnert, die bei ihrer Überfahrt über das Mittelmeer verstorben sind oder vermisst



Mitglieder von nordafrikanischen Organisationen von Familien der Vermissten verliehen ihrer Trauer Ausdruck und berichteten von ihren Aktivitäten



Auch im Senegal teilen viele Menschen diese Verlusterfahrung und schließen sich in Initiativen zusammen, um Forderungen zu formulieren und ihnen Nachdruck zu verleihen.

**BEWE-
GUNGS-
FREIHEIT**

SOLIDARITÄT ALS GEGENMACHT

Wie transnationale Netzwerke Abschottung und Ausgrenzung etwas entgegensetzen.

» *Trotz aller Grenzen, Visa-Hürden und geschlossener Routen haben wir Wege gefunden, uns zu vernetzen, zu planen und auch zu feiern. Hier zu sein bedeutet: Wir lassen uns nicht trennen. Wir bauen unsere Kämpfe für Bewegungsfreiheit zusammen auf – Schritt für Schritt.«*

Mit diesen Worten beschreibt Aissata Soumaoro, eine Aktivistin aus Mali, ihre Eindrücke von der transnationalen Konferenz in Rabat – wo viele Menschen aus zahlreichen Ländern Westafrikas, aus Nordafrika, aus Europa und darüber hinaus zusammengekommen sind, um sich auszutauschen, voneinander zu lernen, gemeinsame Strategien zu entwickeln und Pläne für zukünftige Aktionen zu schmieden. Zwischen politischen Diskussionen, Workshops und langen Gesprächen über die aktuelle migrationspolitische Situation im Maghreb blieb auch Raum für ganz persönlichen Austausch und fürs Feiern – all das schafft den Raum, in dem aus transnationaler Vernetzung solidarische dauerhafte Allianzen entstehen.

Was in Rabat sichtbar wurde, war nicht selbstverständlich: Es war das Ergebnis einer widerständigen Praxis, denn Mobilität ist längst zum

Privileg geworden. Die europäische Grenzpolitik verhindert Begegnungen, Austausch und politisches Handeln, und sie wirkt weit über die EU hinaus. Sie beeinflusst auch innerafrikanische Bewegungen, erschwert regionale Treffen und isoliert Aktivist:innen voneinander.

Schon in der Vorbereitung für die Konferenz war diese Ungleichheit spürbar. Zahlreiche Teilnehmende konnten nicht anreisen, weil ihre Visa verzögert, abgelehnt oder die Anträge gar nicht erst bearbeitet wurden. Das Gleiche galt auch für die spezielle Autorisierung für die Einreise nach Marokko aus einigen westafrikanischen Ländern wie Mali und Guinea, wo es früher keine Visapflicht gab. Hinzu kam dann noch, dass selbst für normalerweise visafreie Länder wie Tunesien wegen des Afrika-Cups, der Fußball-Afrika-Meisterschaft, temporär verschärfte Einreisebedingungen galten. Auch die ökonomischen Reisebedingungen innerhalb Westafrikas hatten negative Effekte: Flüge zwischen zwei afrikanischen Hauptstädten sind oft wesentlich teurer als eine Reise von Europa nach Marokko. Viele Teilnehmende erzählten außerdem in Rabat, dass nicht nur europäische Botschaften, sondern zunehmend auch afrikanische Länder mittels Grenzkontrollen die Mobilität erschweren. Hier werden die extremen Folgen des europäischen Grenzregime spürbar, das bis in das Zentrum Afrikas vorverlagert ist und somit eine neokoloniale Aushebelung der innerafrikanischen Mobilität bewirkt. In dieser Realität wurde die Konferenz selbst zu einem politischen Statement – ein Raum des Widerstands gegen die Versuche, das Zusammenkommen von Migrationsaktivist:innen aus verschiedensten afrikanischen und europäischen Ländern zu verhindern.

Vielleicht war genau das der wichtigste Teil der Konferenz: nicht nur politische Analysen zu teilen, sondern Beziehungen aufzubauen. Solidarität bedeutete in Rabat nicht allein, gemeinsame Forderungen zu formulieren oder Aktionen zu planen. Solidarität bedeutete auch, zusammen zu essen, einander zuzuhören, sich nach langen Reisen gegenseitig unterzubringen, Sorgen zu teilen, gemeinsam zu lachen und Freundschaften entstehen zu lassen. In einer Realität, in der das Grenzregime Menschen voneinander isolieren und Bewegungen zerschlagen soll, wird das für-

einander Dasein selbst zu einer politischen Praxis. Denn transnationale Kämpfe entstehen nicht abstrakt, sondern durch Vertrauen, durch Geduld miteinander und durch das Wissen, dass die Gewalt an den Grenzen nicht nur Einzelne betrifft, sondern ganze Beziehungen zerreißt. Gerade deshalb war Rabat auch ein Raum, in dem erfahrbar wurde, dass politische Bündnisse mehr sein können als strategische Kooperationen: ein gemeinsames Lernen, ein gegenseitiges Tragen und der Versuch, trotz sehr unterschiedlicher Erfahrungen auf Augenhöhe zusammenzukommen.

An der Konferenz in Rabat beteiligten sich vor allem Menschen, die die Gewalt auf den Migrationsrouten aus eigener Erfahrung kennen: Lager, Abschiebungen, Pushbacks, Erpressung, sexualisierte Gewalt, das Sterben in der Wüste oder auf dem Meer. Diese Erfahrungen der Teilnehmenden der Konferenz standen nicht isoliert nebeneinander, sondern formten politisches Wissen, das die Grundlage für kollektive Analysen und Perspektiven ist. Es ging darum, wie sich die Situation an der algerischen Grenze verändert, wie die Schließung der Transitwege in Niger neue, gefährlichere Routen schafft oder wie EU-Abkommen lokale Gemeinschaften und politische Bewegungen in Nord und Westafrika beeinflussen. Aktivist:innen aus Mali, Tunesien, Senegal, Algerien und Marokko berichteten von neuen Repressionsmustern, von Pushbacks und Massen-Abschiebungen, von Militarisierung und von der zunehmenden Kriminalisierung von solidarischen Gruppen und humanitären Helfer:innen.

Gleichzeitig ging es in Rabat nicht darum, in Ohnmacht zu verharren, sondern sich gegenseitig zu stärken und über die jeweiligen solidarischen Aktivitäten auszutauschen. AEI-Mitglieder aus Tunesien erzählten, wie sie Migrant:innen versorgen, das Netzwerk Alarme Phone Sahara berichtete, wie es Rettungseinsätze in der Wüste durchfhrt, um Leben zu retten. Aktivist:innen berichteten zudem über Strategien, Abschiebungen von Migrant:innen aus dem Maghreb in die Sahara gemeinsam mit Journalist:innen öffentlich zu machen und politischen Druck aufzubauen. Vertreterinnen des Frauennetzwerks Musow Lafia tauschten sich darüber aus, wie sie neue Vermarktungsstrategien für ihre selbstproduzierten

Produkte entwickeln, um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken.

Trotz der vielen negativen Entwicklungen durch das Migrationsregime des globalen Nordens war die Stimmung also geprägt von Mut, Entschlossenheit und gegenseitiger Inspiration. Menschen, die unter extrem unterschiedlichen Bedingungen kämpfen, fanden gemeinsame Strategien. Sie entwickelten neue Wege, um Gewalt entlang der Flucht- und Migrationsrouten sichtbar zu machen, Erfahrungen über Ländergrenzen hinweg auszutauschen und gemeinsame Antworten auf die Folgen der europäischen Abschottungspolitik zu entwickeln und transnationale Aktionen zu koordinieren.

 *Mobilität ist
längst zum
Privileg geworden«*

So berichten Teilnehmende aus Marokko, Algerien, Tunesien, Mauretanien und Niger über Abschiebungen in Wüstenregionen, die Zerstörung informeller Camps und willkürliche Inhaftierungen. Sudanesischen Geflüchteten machten in der direkten Auseinandersetzung mit dem UNHCR fehlende Schutzmechanismen und jahrelange Wartezeiten aufmerksam.

Angehörige Vermisster aus Senegal, Marokko und Tunesien vernetzten sich, forderten ein Erinnerungsmonument und stärkten den transnationalen Gedenk- und Aktionstag »CommemorAction«. Auch Organisationen wie ARCOM, Afrique-Europe-Interact, Watch the Med Alarm Phone und Alarme Phone Sahara diskutierten auf der Konferenz, wie ihre Unterstützungsstrukturen besser miteinander verbunden werden können. Der Austausch zeigte, dass unsere Bewegung wächst. Gegen allen Widerstand gab es eine große, kraftvolle und vielfältige Versammlung.

Und wenn physische Treffen verhindert werden, dann gibt es dezentrale Möglichkeiten: es entstehen digitale Räume; wenn Grenzen geschlossen werden, es entstehen neue Wege; wenn Staaten versuchen, Bewegungen zu kontrollieren, entsteht Solidarität, die sich nicht aufhalten lässt.

Es ist einer der Grundpfeiler von Afrique-Europe-Interact, sich für diesen Ausdruck der Bewegungsfreiheit einzusetzen: das Recht, sich zu begegnen, sich im realen Zusammensein zu vernetzen und mit einer so gefestigten Basis gemeinsam gegen das herrschende Nord-Süd-Abschottungssystem und die weiterhin kolonialen Kontinuitäten aufzustehen. So ist das Netzwerk Afrique-Europe-Interact dabei, transnationale Solidarität zu formen und immer weiter zu entwickeln. ✕



Pastor Jean Masembila Landu führte durch das Konferenzprogramm. Wir trauern um seinen plötzlichen Tod. .

Pastor Jean Masembila Landu

kam 2004 aus der Demokratischen Republik Kongo nach Marokko. Seit seiner Ankunft setzte sich Pastor JML, wie er liebevoll genannt wurde, unermüdlich für die Unterstützung von Migrant:innen in Marokko ein. Sein großes Anliegen war die Gründung einer christlichen Hausgemeinde. Mit großem persönlichem Engagement besuchte er Migrant:innen in den Arbeitervierteln von Rabat, wo vor allem Menschen aus Subsahara-Afrika lebten, und fungierte dort als Vermittler und geistlicher Begleiter.

So entstand Peniel, die erste in Marokko gegründete christliche Migrant:innen-Gemeinde in Marokko. Seitdem war diese Gemeinschaft ein Zufluchtsort für Migrant:innen, die dort bedingungslosen Schutz fanden. Im Jahr 2022 schloss er sich dem Verein ARCOM an, wo er das Projekt »Espace femmes« leitete und Schulungen zum solidarischen Unternehmertum durchführte. Sein großes Einfühlungsvermögen und seine Menschlichkeit brachten ihm unter den Migrant:innen große Wertschätzung ein. Pastor JML, der im Oktober 2025 an der Konferenz in Rabat teilgenommen hatte, verstarb am 29. März 2026. Sein Tod hinterlässt tiefe Trauer und eine große Lücke in unserem Verein sowie in den Kirchen der Migrant:innen und der gesamten Gemeinschaft der Migrant:innen in Marokko. ✕

DANKSAGUNG

Die Konferenz »Wir migrieren um leben, nicht um zu sterben« im Oktober 2025 war der Ausgangspunkt der Broschüre und wurde unterstützt von: Brot für die Welt, Café Libertad, Conseil National Des Droits De L'Homme (CNDH), Centre de Recherche et d'Information pour le Développement (CRID), GLS Treuhand e.V., Guerilla Foundation, Hufak Wien, Medico International, Misereor, ÖH Uni Wien, RD Foundation Vienna, Stiftung Umverteilen, Watch the Med Alarm Phone sowie verschiedenen, teils langjährigen Unterstützer:innen des Rasthauses BAOBAB. Afrique-Europe-Interact möchte ihnen herzlich für diese Förderung danken.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um allen Personen, Vereinen und Organisationen unseren Dank auszusprechen, die das Frauenhaus mit aufgebaut haben – sei es durch ihr Engagement vor Ort, durch Öffentlichkeitsarbeit in Marokko und Europa oder durch ihre Spenden – auf diese Weise konnten unzählige Leben gerettet und die Stimmen der Geflüchteten hörbar gemacht werden. Auf viele weitere Jahre! ✕

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact arbeitet auf europäischer Seite ehrenamtlich, auf afrikanischer Seite mit kleinen Gehältern oder Aufwandsentschädigungen – neben umfangreicher ehrenamtlicher Arbeit. Finanziert wird diese Arbeit durch Stiftungen, Kooperationen mit Entwicklungsorganisationen und Spenden. Diese Beiträge ermöglichen sowohl die in dieser Broschüre vorgestellten Projekte als auch weitere Aktivitäten, etwa die Unterstützung von Menschenrechtskämpfen in Togo und Kamerun sowie die Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa.

Wir freuen uns über solidarische Unterstützung. Spenden können frei oder zweckgebunden erfolgen; der gewünschte Verwendungszweck kann bei der Überweisung angegeben werden. Auch das Weiterverbreiten unserer Spendenaufrufe trägt zur Unterstützung unserer Arbeit bei. ✕

Unsere Bankverbindung

Spenden sind steuerlich absetzbar

Name: **Globale Gerechtigkeit e.V.**

Bank: **GLS Gemeinschaftsbank**

IBAN: **DE67 4306 0967 2032 2373 00**

BIC: **GENODEM1GLS**

Spenden für Afrique-Europe-Interact →



IMPRESSUM

1. Auflage, Oktober 2026

V.i.S.d.P: Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

Redaktion & Bilder: Alexander Behr, Dorette Führer, Cornelia Gunßer, Leonie Jantzer, Vincent de Jong, Hannah Kentouche, Anne Kühne, Emmanuel Mbolela, Birgit Mennel, Lars Springfeld

Gesamtredaktion: Dorette Führer, Cornelia Gunßer, Leonie Jantzer, Hannah Kentouche, Anne Kühne, Emmanuel Mbolela

Übersetzung: Hans-Georg Eberl

Lektorat: Olaf Bernau, Volker Mörchen

Bestellung: Die Broschüre liegt auf Deutsch und Französisch vor. Wir schicken auf Anfrage gerne Exemplare dieser Zeitung zu.

ISBN: 978-3-00-089081-9

Aktivist:innen aus Kamerun, Mali, Marokko und Guinea tauschten ihre Erfahrungen und Visionen der Organisation sowie Unterstützung von Migrant:innen aus.



Die Beiträge wurden auf Arabisch, Französisch und Englisch gedolmetscht.



Die Bedingungen in marokkanischen Gefängnissen wurden von Geflüchteten und Migrant:innen angeprangert, die dort meist unrechtmäßig inhaftiert waren.



Nicht nur im Plenum, sondern auch in den Pausen bot die Konferenz Gelegenheit für Vernetzung und informellen Austausch.



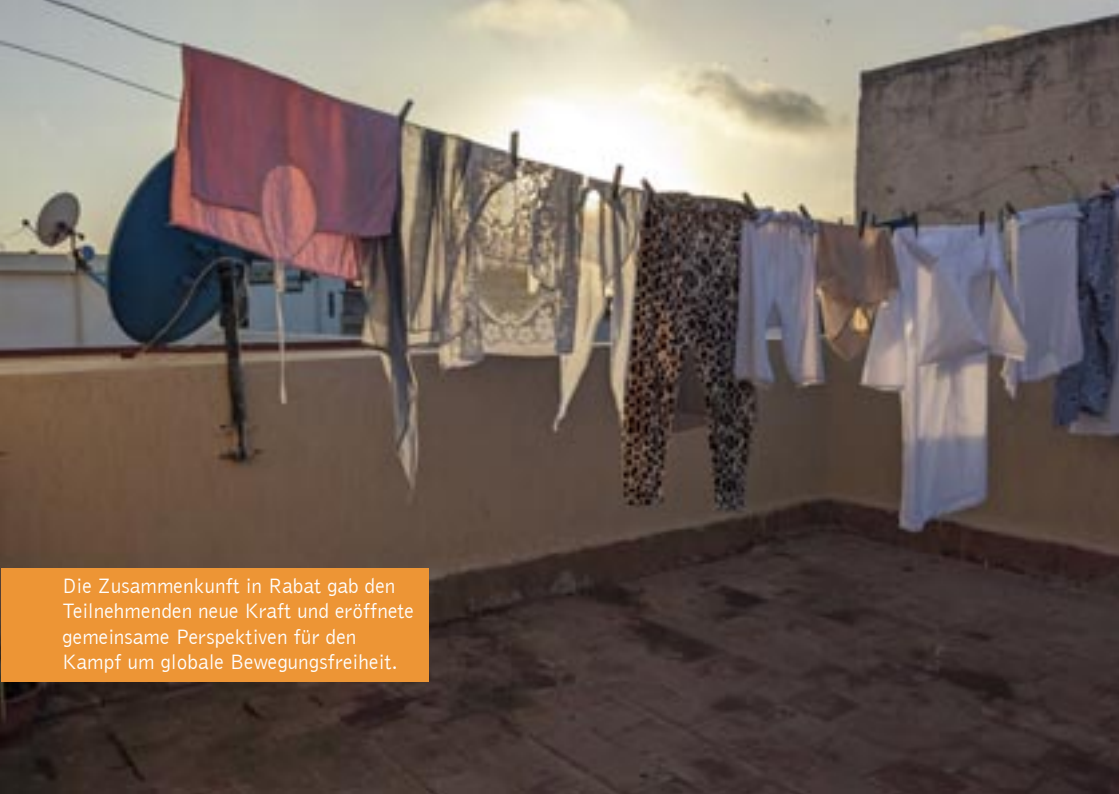
Das zehnjährige Bestehen des Rasthauses Baobab wurde mit einer Geburtstagstorte, Redebeiträgen und Musik gefeiert.



20 Jahre Solidarität mit Migrant:innen: Der Slogan auf dem T-Shirt zeugt vom anhaltenden Engagement der ARCOM.



Die Frauen des Rasthauses bei der kulturellen Darbietung auf der Konferenz.



Die Zusammenkunft in Rabat gab den Teilnehmenden neue Kraft und eröffnete gemeinsame Perspektiven für den Kampf um globale Bewegungsfreiheit.

ISBN 978-3-00-089081-9

Spenden für AEI



PDF dieser Broschüre

